

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 19. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 26. Januar 2022
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Niklaus Morat, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer,
Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häutpli, Nico
Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Roman Klauser,
Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Niklaus Morat, Martin Münch,
Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl,
Miriam Schaub, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Pascale Uccella, Henry
Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques
Winter, Stephan Wolf,

Entschuldigt: Philippe Adam, Barbara Grange, Roman Hintermeister, Corinne Prost,
Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Simon Trinkler, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 32 Anwesende = 22
19.50 Uhr 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Beatrice Stierli, DIE MITTE-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Stephan Wolf Geschäft 4594

2. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle des zurückgetretenen Tobias Schläpfer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Janine Nydegger Geschäft 4595

3. Zweiter Zwischenbericht des Gemeinderates vom 17.11.2021, zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend
Tempo 30 in Quartierstrassen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4500C

4. Dritter Zwischenbericht des Gemeinderates vom 5.1.2022, betreffend
Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4449C

5. Bericht des Gemeinderates vom 3.11.2021, zum Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 5.12.2017, betreffend
Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4367/A

6. Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2021, zur Motion von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 13.5.2020, betreffend
Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg im Bereich des Schulraumperimeters
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4519/A

7. Interpellation von Miriam Schaub und Sandro Felice, Grüne, Christian Jucker, GLP, vom 15.6.2021, betreffend
Pumptrack im Wegmattenpark: ständiges Angebot für die Allschwiler Kinder
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4570

8. Postulat von Matthias Häuptli, GLP, Sandro Felice, Grüne, vom 20.10.2021, betreffend **Massnahmen zur Verkehrsreduktion im Masterplan Binningerstrasse**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4589

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 17 vom 26. Januar 2022

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Niklaus Morat

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Niklaus Morat, Präsident: Bitte nehmen Sie Platz, dann können wir beginnen. Ich darf Sie herzlich zur ersten Einwohnerratssitzung des Jahres 2022 begrüßen. Die Entschuldigungen, die ich heute Abend habe, sind ziemlich zahlreich: Melina Schellenberg, Roman Hintermeister, Swen Wyss, Barbara Grange, Philippe Adam, Simon Trinkler, Corinne Probst-Gadola, Florian Spiegel. Verspätungen habe ich keine gemeldet erhalten. Wir kommen zur Präsenz.

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Wir kommen zu den Mitteilungen des Einwohnerratspräsidiums. Die erste Mitteilung ist eine Begrüssung. Unter uns im Einwohnerrat neu ist Stephan Wolf der Mitte-Fraktion. Ich nehme mal an, das heisst tatsächlich ab diesem Jahr so und nicht mehr CVP-Fraktion. Herzlich willkommen, Stephan Wolf. Dann, das klingt nun etwas sonderbar, weil dort drei Personen sitzen, die Sitzung findet mit Ausnahme der Medienschaffenden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Ich nehme an, diese drei Personen sind von der Verwaltung und daher natürlich herzlich willkommen. Dann das Übliche: Die Masken bitte über die ganze Zeit, ausser beim Essen am Platz, anbehalten. Bitte auch sonst die Hygienemassnahmen, Abstandsregeln weiterhin einhalten, die Verpflegung wie immer in der Pause am Platz essen. Nach der Sitzung bitte den Saal zügig verlassen. Im Foyer können Sie sich weiter unterhalten. Heute ist dies ganz besonders wichtig, denn der Hausmeister hat noch weitere Leute aufgeboten, die direkt nachdem wir fertig sind den Saal umbauen, alles abräumen müssen. Morgen um 7 Uhr findet hier eine Veranstaltung statt. Also heute bitte wirklich den Saal zügig verlassen. Ich mache heute auch allerspätestens um 21 Uhr Schluss. Egal wo wir stehen.

Im Weiteren habe ich noch eine Mitteilung wegen der morgigen Veranstaltung im Viollier-Institut: Sie alle haben per Mail eine Einladung erhalten, womit Sie sich anmelden können. Es hat tatsächlich noch freie Plätze. Obwohl die Anmeldefrist abgelaufen ist, kann man sich nach wie vor dazu anmelden. Es steht in der Mail, wann es losgeht, ich glaube sie beginnt morgen um 18.30 Uhr im Viollier-Institut.

Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen vor. Mir liegen auch keine dringlichen Postulate oder Motionen vor. Es ist allerdings eine normale Interpellation von der SVP-Fraktion mit dem Titel «Tempo 30», Geschäft Nr. 4600 eingegangen. Sie sollte bei allen aufliegen. Ich frage Henry Vogt an, ob er schnell etwas dazu sagen möchte. Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Traktandenliste. Ich stelle fest, die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Einwohnerrat an: Gibt es Änderungsanträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Beatrice Stierli, Die Mitte-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Stephan Wolf, Geschäft 4594

Niklaus Morat, Präsident: Ich frage den Rat an: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Stephan Wolf in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle des zurückgetretenen Tobias Schläpfer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Janine Nydegger, Geschäft 4595

Niklaus Morat, Präsident: Ich frage den Rat an: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Somit ist Janine Nydegger in stiller Wahl gewählt. Ich wünsche beiden Personen viel Spass in den Ämtern.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Zweiter Zwischenbericht des Gemeinderates vom 17.11.2021, zur Motion von Matthias Häuptli, GLP, betreffend Tempo 30 in Quartierstrassen
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4500C

Niklaus Morat, Präsident: Ich frage den Rat zuerst an, ob das Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Dann sage ich es gleich allen, die meisten wissen es aber, es liegt ein Sachantrag zu diesem Geschäft vor. Den kann man in der allgemeinen Beratung beraten. Darüber abstimmen werden wir dann bei den Anträgen. Gemäss der Rednerreihenfolge kommt zuerst Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ihnen liegt das Geschäft 4500C vor, zweiter Zwischenbericht zur Motion betreffend Tempo 30 auf Gemeindestrassen von Matthias Häuptli. Das Geschäft wurde am 19. Februar 2020 dem Einwohnerrat vorgelegt und grossmehrheitlich überwiesen. Am 20. Januar 2021 stimmte der Einwohnerrat mit grossem Mehr der Sondervorlage zur Einführung von Tempo 30 zu und hat 140'000 Franken +/- 15 % für die Planungsarbeiten genehmigt. Am 10. März 2021 hat der Gemeinderat die Ausführungen und die Auftragsvorlage der Abteilung Sicherheit genehmigt und dem Verkehrsingenieurbüro Rudolf Keller & Partner den Auftrag zur Planung der Ausarbeitungen erteilt. An der letzten Sitzung im letzten Jahr beschloss der Einwohnerrat, das Traktandum ins 2022 zu verschieben. Deshalb ist es erst jetzt an der Reihe. Vorgesehen ist, dass das Geschäft in drei Phasen umgesetzt wird. Phase 1 dient der Konzeption. Dabei sind Informationen zur Massnahmenpalette und zur Zoneneinteilung auch Teile davon. Die Phase 2 dient der Planung. Sie ist in zwei Unterphasen aufgeteilt. In einem guten halben Jahr werden für all die über 500 in Allschwil liegenden Strassen Arbeiten vorgenommen, was in der Feststellung und Darstellung der jeweiligen Massnahmen sowie in einer groben Schätzung von +/- 25 % endet. Einen Schlussbericht und ein Verkehrsgutachten der Verkehrsingenieure beschliessen diesen ersten Teil. Im zweiten Teil derselben Phase wird, falls alles erfolgreich abläuft, im dritten Quartal 2022 der politische Prozess gestartet. Die Schlussberichte zum Verkehrsgutachten werden

vom Gemeinderat verabschiedet, der KBU vorgelegt und anschliessend durch den Einwohnerrat verabschiedet. Gegebenenfalls werden Anpassungen vorgenommen, bevor schliesslich der Realisierungskredit durch den Einwohnerrat genehmigt werden muss. Dieser Kredit untersteht natürlich dem Referendum. Phase 3 bezweckt die Realisierung. Die Verkehrsgutachten müssen der Polizei Basel-Landschaft zur Vorprüfung vorgelegt werden. Im Sinne einer Vorprüfung werden die verkehrspolizeilichen Anordnungen (VPA) erlassen. Im Rahmen des Detailprojektes, wovon die Grundlage der Markierungs- und Strassenplan ist, erfolgt die Kostenschätzung mit einer Genauigkeit von +/- 15 %. Nach Erteilen der Submission kann mit den konkreten Realisierungsarbeiten begonnen werden. Gibt es keine Verzögerungen durch ein mögliches Referendum und der dazu angeordneten Abstimmung, könnte so im letzten Quartal 2023 mit der Umsetzung der ersten Etappe begonnen werden. Die Umsetzung ihrerseits ist in diesen jeweiligen Etappen geplant, wie sie auf Seite 6 des Zwischenberichts vermerkt sind. Nur schon aufgrund der benötigten Ressourcen ist eine gestaffelte Umsetzung zwingend notwendig. Es ergibt sich daraus aber auch den Vorteil, dass aus Erfahrungen der vorhergehenden Etappen gelernt werden kann. Im Bericht an den Einwohnerrat ist die Rede davon, dass im Kerngebiet, also im Raum rund um die Schulhäuser, begonnen werden sollte. Mittlerweile haben wir bereits bestimmt, dass wir eine Begegnungszone im Lettenweg einrichten wollen. Wir werden heute Abend noch einmal darauf zu sprechen kommen. Dies macht das Kernargument für Temporeduktionen in diesem Gebiet aber überflüssig. Deshalb soll geprüft werden, ob wir diese erste Etappe nicht ins Gebiet Gartenhof/Bettenacker legen sollen, sondern dass wir im Raum Bohrerhof/Steinbühl/Herrenweg und Baselmattweg bzw. Dürrenmattweg beginnen wollen. Und zwar von Osten nach Westen innerhalb dieser Etappe. Es gibt dabei zu bedenken, dass die Umsetzungsarbeiten, so gering sie auch erscheinen mögen, schon nur aufgrund der Grösse und der Anzahl der vielen betreffenden Strassen, eine längere Zeit dauern würde. Mit der Umänderung dieser Etappen, würden wir, glaube ich, eine wichtige Verbesserung des Vorhabens erreichen. Allerdings müssen wir dies noch mit den Planern detailliert absprechen. Dies ist an dieser Stelle noch nicht getan, aber es wäre eine sinnvolle Verbesserung.

Die Massnahmen und Kongruenz mit Begegnungszonen im Allgemeinen: Begegnungszonen in der Pappelstrasse oder angedacht wie erwähnt im Lettenweg sind mit Tempo 30 kompatibel. Weitere Zonen sind in der Folge ebenso möglich. Wie bereits erwähnt spielen die Massnahmen bei der Umsetzung zum Vorhaben eine zentrale Rolle. Sie müssen sorgfältig ausgewählt werden und situativ gemäss den Messungen vor Ort und den örtlichen Gegebenheiten evaluiert werden. Ziel ist, dass alle Fahrzeuge die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h einhalten. Tendenziell werden vermehrt weiche Massnahmen, wie beispielsweise das versetzte Parkieren, den anderen harten Massnahmen, wie z.B. vertikale Versätze, Schwellen oder Aufpflästerungen, vorgezogen. Zwingend ist aber die Schaffung von auffälligen Torsituationen bei allen Einfahrten. Also bei all jenen Strassen, die aber auf eine Strasse mit einer höheren signalisierten Geschwindigkeit wegführen. Vor- und Nachteil mit möglichen Torgestaltungen wurden Ihnen auf Seite 7 ff erklärt. Unser Favorit, den wir daraus erkoren haben, ist jener aus Aesch. Die Variante Allschwil ist aber kostengünstiger, weil wir auf verzinkte Stahlrohre setzen, anstatt auf teuren Vierkant-Rostfreistahl. Als einfache und kostengünstige Massnahme, hat sich das versetzte Parkieren auch bewährt. In Allschwil wird diese Praxis ja auch schon bereits angewandt. Besonders in Quartieren mit höherem Parkierdruck sind die Parkplätze entsprechend gut belegt, so dass die Wahrnehmung der Strasse entsprechend verändert werden kann. Man sieht nicht mehr genau bolzengerade durch und muss vorsichtiger fahren. Nicht zwingend müssen dabei die Parkplätze verloren gehen. Ein zusätzlich eingeführter genereller Rechtsvortritt führt bei allen Verkehrsteilnehmenden zu einer erhöhten Aufmerksamkeit. Ein besonderes Augenmerk soll vor allem den Fussgängerstreifen zukommen. Sie müssten zwar grundsätzlich in Tempo 30-Zonen entfernt werden, weil Fussgänger die Strasse darin an jeder beliebigen Stelle queren dürfen. Ausnahmen bedürfen einer kantonalen Bewilligung und sind an besonders neuralgischen Punkten wie z.B. vor Schulhäusern, Kindergärten oder Altersheimen sicher sinnvoll. Dies gibt es jeweils zu prüfen und entsprechend Antrag für Ausnahmen zu stellen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Nachkontrollen werden ergeben, ob situativ noch zusätzliche Massnahmen angebracht werden müssen, falls die Tempolimiten nicht genügend eingehalten werden können.

Kombination mit der Parkraumbewirtschaftung: Die Einführung von Tempo 30 ist wie die bereits erfolgte Bewilligung der Parkraumbewirtschaftung eine Zäsur auf den Allschwiler Strassen. Eine sinnvolle, zweckmässige und effiziente Umsetzung der Anforderungen ist angezeigt. Dabei gibt es unterschiedliche Herausforderungen zu meistern. Die Parkfeldmarkierung für die Bewirtschaftung muss so angeordnet werden, damit mit der Umsetzung von Tempo 30 keine weiteren oder so wenige wie möglich Korrekturen gemacht werden müssen. Dabei müssen sinnvollerweise in der bereits erwähnten Phase 3 die sog. Markierungs- und Signalisationspläne abgewartet werden. Es ist so, dass erst der detaillierte Massstab 1:50 es richtigerweise erlaubt, die Markierungen korrekt anbringen zu

können. Eine Markierung von Parkplätzen anhand von Plänen aus der Planungsphase 2, die früher besteht, wird vom Planungsbüro nicht empfohlen, weil diese im Massstab 1:100 ausgefertigt sind, fehlerhaft sein können und in der genauen Umsetzung zu wenig präzise sind. Die Folgen wären klar, es gibt kostspielige und ineffiziente Nachkorrekturen nach kurzer Zeit. Also dann, wenn die Markierungs- und Signalisationspläne eigentlich vorliegen würden. Genau gleich ist es auch mit der Beschilderung. Auch hierzu gibt es klare Vorgaben. Es besteht halt schon nur von der Positionierung der Schilder her ein grundsätzlicher Unterschied, ob man nur nach Regeln von Tempo 30 oder nach Regeln der Parkraumbewirtschaftung Schilder anbringt. Setzt man z.B. ausschliesslich für die Parkraumbewirtschaftung, so haben diese nicht einsam mitten im Strassenperimeter zu erfolgen, sondern diese müssen am Rande, auf dem Trottoir oder je nach Lage sogar ausserhalb auf privatem Gelände, stehen. Setzt man aber die Schilder für Tempo 30, so müssen diese zwingend im Strassenperimeter innen stehen, weil man dann eben eine torähnliche Situation schaffen muss. So, wie es Ihnen auf Seite 7 des Berichts dargelegt wird. Nun ist es so, dass diese Signaltafeln und die entsprechenden Stahlrohre mit der Einführung der Parkraumbewirtschaftung definitiv und am korrekten Standort angebracht werden müssen. Das Anbringen dieser Stahlgerüste ist aber nur dann sinnvoll, wenn eine Kombination von mehreren, von zwei oder drei oder wie vielen Schildern auch immer - in unserem Fall also Tempo 30, Parkraumbewirtschaftung und ab und zu auch Zubringerdienst - erforderlich ist. Wenn man nun die Parkraumbewirtschaftung alleine signalisieren möchte, macht a) das erwähnte Stahlgerüst keinen Sinn, und b) lässt es sich gar nicht neben dem Strassenperimeter verwenden, sondern es ist etwas, das in den Strassenperimeter hineinkommt. Das heisst als Konsequenz: Die Tafeln müssten an einen ganz anderen Ort hingestellt werden. Wenn wir dann Tempo 30 einführen, entfernen wir alle gesetzten Schilder vollständig, und wir setzen sie alle an einem anderen Ort, kombiniert mit anderen Schildern wieder neu. Es wäre in meinen Augen weder sinnvoll noch zweckmässig, wenn man eine Arbeit doppelt machen müsste.

Sie sehen, geschätzte Einwohnerräte, mit ein paar Pinselstrichen ist es halt nicht getan, weder bei der Parkraumbewirtschaftung noch bei Tempo 30. Es ist eine komplexe Angelegenheit. Und wie ich Ihnen hoffentlich beibringen konnte, sind die Ausführungen sehr eng miteinander verbunden und haben stets gegenseitige Auswirkungen. Gewisse Sachen bedingen einander. Gestützt auf all diese Überlegungen empfehlen der Gemeinderat, das betraute Ingenieurbüro Rudolf Keller & Partner sowie die Abteilung Sicherheit, dass die Planung und die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung und Tempo 30 sinnvollerweise zusammen an die Hand genommen werden. Auch wenn getrennte Verfahren grundsätzlich möglich wären, macht es wenig Sinn, noch ist es kostengünstig, wenn aufgrund der Parkraumbewirtschaftung markierte Parkplätze kurze Zeit nach der Markierung bereits wieder entfernt werden müssten, weil neue Massnahmen für Tempo 30 dies zwingend erfordern. Ich höre bereits jetzt schon die Stimmen, die kritisch fragen, weshalb denn durch Einführung von Tempo 30 Parkplätze wegfallen oder anders markiert werden oder sonstige Massnahmen ergriffen werden, die nicht beliebt sind. Es ist mir durchaus bewusst, dass sowohl die Parkraumbewirtschaftung als auch Tempo 30 sehr stark emotionale Themen sind. Aber es ist mir auch klar, dass der Parkdruck in den peripheren, an die Stadt angrenzenden Quartieren gross ist, und rund 60 % von Allschwil der Einführung der Parkraumbewirtschaftung zugestimmt haben. Man muss kein Prophet sein um herauszufinden, dass das Geschäft Tempo 30 auf keinen Fall so schlank durchgehen wird, wie die Erschaffung des Parkraumreglements. Über eventuelle Referenden wurden bereits Stimmen geäussert. Und ja, das demokratische Mittel hat zur Folge, dass Verzögerungen bei der Umsetzung entstehen können.

Im Sinn einer Güterabwägung von Vor- und Nachteilen, überwiegen aber die Argumente zugunsten einer gemeinsamen Planung. Eine abschliessende Markierung macht erst dann Sinn, wenn die korrekten Strassenmarkierungspläne vorliegen. Es ist eben wie bei einer frisch geteerten Strasse. Die Akzeptanz bei der Bevölkerung ist erfahrungsgemäss sehr klein, wenn man eine Strasse scheinbar fertiggestellt hat, und kaum dreht man sich um, schwuppdwupp, kommt der nächste Bagger und reisst ein Loch in den Boden, weil man dann doch noch Korrekturen anbringt oder eine neue Leitung legt. Dabei schlagen die Wellen hoch. Ob gerechtfertigt oder nicht, es passiert einfach. Ich erinnere hier z.B. an die ganze Bautätigkeit im Muesmattweg. Für solches Vorgehen hat in meiner Wahrnehmung die Bevölkerung einfach kein Verständnis. Geschätzte Einwohnerräte, Sie haben am 20. Januar 2020 Ja gesagt zu einem Planungskredit von 140'000 Franken. Wenn ich damit also gleich zwei Fliegen auf einen Streich schlagen kann sowie gleich zwei Aspekte unter Ausnutzung von Synergien genutzt werden können, so ist das eine gute Sache. Es gilt immer, dass mit dem Steuerfranken massvoll umgegangen werden soll. Ich bitte Sie also, den zweiten Zwischenbericht so zur Kenntnis zu nehmen und danke fürs Zuhören.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Nun wären die Fraktionssprecher und Fraktionssprecherinnen gefragt. Melden Sie sich bitte beim 1. Vizepräsidenten.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Anwesende. Wir von der SP-Fraktion können mit diesem Zwischenbericht zu einem guten Teil gut leben. Wir sind dezidiert der Ansicht, dass Tempo 30 in Allschwil überfällig ist, weil es auch die Verkehrssicherheit erhöht, den Lärm senkt, die Emissionen reduziert und allgemein die Lebensqualität in den Quartieren erhöht. Wir würden uns natürlich wünschen, dass man in dieser Sache schneller vorwärts gehen könnte. Aber weil nur der Zwischenbericht vorliegt und der springende Punkt woanders liegt, möchte ich mich jetzt auf das Wesentliche konzentrieren. Nämlich auf den Teil des Zwischenberichts, den wir nicht goutieren können. Es geht dabei, wie schon vom Gemeinderat angesprochen, um die Verknüpfung der Umsetzung von Tempo 30 mit der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung. Zuvor hat es geheissen, dass die Stimmbevölkerung wohl kein Verständnis dafür hätte, wenn Bagger zwei Mal über die Strasse fahren. Aber ich glaube, vielmehr hätte die Stimmbevölkerung kein Verständnis dafür, wenn die blaue Zone, worüber sie im September 2021 abgestimmt hat, nun bis zu vier Jahre verzögert wird. Das wäre nämlich die Konsequenz, wenn man jetzt dem Gemeinderat folgen würde. Wir stellen zusammen mit der SVP den Antrag dagegen. Wir fordern eigentlich nur eine absolute Selbstverständlichkeit, nämlich dass die Parkraumbewirtschaftung und Tempo 30 getrennt wird, und dass die blaue Zone wie vom Gemeinderat ursprünglich geplant, vom Einwohnerrat so beschlossen und vom Stimmvolk so bestätigt, im Jahr 2022 eingeführt wird. Das mit Tempo 30 ist alles bereits bekannt, die Motion wurde ja anfangs 2020 überwiesen, also die Parkraumbewirtschaftung, das wusste man alles schon. Wir möchten hier vor allem ein deutliches Zeichen setzen, dass es einfach nicht geht, ein beschlossenes Projekt nachträglich – und da liegt, noch einmal, ein springender Punkt – noch einmal um vier Jahre zu verschieben. Die Konsequenzen für die betroffenen Quartiere in dieser Zeit sind gross. So werden sie weiterhin Gratisparkplätze der Agglomeration und des Flughafens sein. Wie gesagt, man würde sich zu Recht absolut verschaukelt vorkommen, wenn ein Projekt, bei dem in den Abstimmungsunterlagen steht, es würde 2022 umgesetzt werden, einfach hinausgeschoben wird. Im Weiteren wäre diese Verknüpfung auch risikobehaftet. Denn man müsste sich die Frage stellen, wie man dann die Umsetzung konkret realisieren würde, also die gemeinsame oder die getrennte Umsetzung. Dazu steht im Zwischenbericht nämlich nicht viel. Würde dann die Parkraumbewirtschaftung analog zu Tempo 30 quartierweise eingeführt? Dazu steht nichts. Es wäre aber natürlich absolut unsinnig, dies zu tun, das muss ich wohl nicht ausführen. Dasselbe würde die Parkkarte betreffen, welche die Bevölkerung kaufen müsste, z.T. dann halt ein Jahr früher als die anderen. Weiterhin kommen wir zu einem eigentlich auch grossen Problem, nämlich: Wie ist das mit der Demokratie, theoretisch oder –politisch. Wenn wir dann über Tempo 30 abstimmen, wogegen das Referendum bereits angekündigt ist und, glaube ich, keiner daran zweifelt, dass es zustande kommt, wie läuft das dann? Wenn ich Nein zu Tempo 30 sage, fällt ja auch die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung weg. Denn dies würde dann den gemeinsamen Beschluss betreffen. Es wäre dann auch wieder sehr schwierig, finde ich, wenn man dann einfach nur Ja oder Nein sagen kann, zu einer Frage, und es verknüpft wird.

Nun noch zu den Argumenten, die für die Zusammenlegung sprechen. Zum einen vermissen wir in diesem Bericht eindeutig, dass der Bundesrat ja entschieden hat, dass man Tempo 30 vereinfacht einführen kann. Dazu sehen wir nichts. Das mag an zeitlichen Überschneidungen beider Entscheide liegen, aber wenn man Geld sparen möchte, könnte man ja das einmal analysieren. Das Sparpotenzial bei den Signalisationen wird auch nicht quantifiziert. Wenn man Leute fragt, die sich auskennen, wird das als absolut gering beziffert. Wenn man nun sagt, so sparen wir ein paar zehntausend Franken, dafür lassen wir die Stimmbevölkerung vier Jahre lang warten, bei einem Budget von 100 Mio., dann finde ich das nicht verhältnismässig. Die Güterabwägung ist auch ganz klar dafür, dass man die Parkraumbewirtschaftung nun einführt. Die anderen Synergie-Effekte wie Verschiebung der Parkfelder würden sich auch ergeben, wenn man einfach bei der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung berücksichtigen würde, dass es eventuell zu Tempo 30 kommen könnte. Wie bereits gesagt, wurden die meisten Parkplätze sowieso schon verschoben. Wenn man das weiterhin macht, wäre das ja kein Problem. Auch bei der Signalisation vermag mich das nun nicht so ultra zu überzeugen. Dann hätte man halt im schlimmsten Fall eine Tafel, die ein Loch aufweist. Man könnte immer noch das Allschwiler Wappen einführen etc. Das kann ja wirklich nicht das Argument sein. Wie gesagt, die Synergie-Effekte sind nicht quantifiziert. Wir wissen nicht, über wie viel Geld wir sprechen. Schätzungsweise über ein paar Zehntausend. Ergo vermag das nicht zu rechtfertigen, dass man die Bevölkerung vier Jahre lang warten lässt. Ergo bitte ich um Unterstützung des Sachantrags, damit Allschwil diese Parkraumbewirtschaftung erhält, über die sie abstimmt und zwar dann erhält, wenn sie darüber abgestimmt hat, nämlich im Herbst 2022. Ich habe vorerst geschlossen.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen. Wir von der Mitte-Fraktion haben uns auch Gedanken zu diesem Vorstoss und zu diesem Zwischenbericht gemacht. Wir sind eigentlich der Meinung, dass es durchaus sinnvoll ist, wenn man es koordiniert miteinander macht. Als Jurist kann ich bestätigen, dass die Signalisationsverordnung, die vormals Strassensignalisationsverordnung hiess, eine äusserst komplizierte Angelegenheit ist. Philippe Hofmann sagte es absolut richtig, mit ein paar Pinselstrichen ist es nicht getan. Es ist auch nicht mit dem Aufstellen irgendwelcher Tafeln getan. Das ist alles ganz genau genormt und ein komplizierter Prozess. Ich denke auch nicht, dass wir nur ein paar zehntausend Franken einsparen. Wir sprechen hier, glaube ich, von wesentlich höheren Beträgen. Wir sind auch mit dem Gemeinderat der Meinung, dass es für die Bevölkerung letztendlich als Schildbürgerstreich aufgefasst werden würde, wenn man mit neuen Markierungen beginnt, neue Tafeln aufsetzt und kurze Zeit später dann quasi alles wieder abfräsen und neu machen muss, damit das SSV-, d.h. signalisationsverordnungs-konform ist. Wir von der Mitte-Fraktion schliessen uns daher dem Antrag des Gemeinderats an, dass man diesen Bericht zur Kenntnis nehmen soll, unter gleichzeitiger Ablehnung des Sachantrags.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die FDP-Fraktion dankt für die sorgfältige Arbeit, die der Gemeinderat dem Einwohnerrat vorlegt. Wir stellen fest, dass der Gemeinderat in diesem Bericht gutes Kostenbewusstsein an den Tag legt. Man sieht das anhand der Ausarbeitung dieser Varianten, wie man die 30er-Zonen gestalten soll. Wir erachten den Bericht als sinnvolle Grundlage und finden das Konzept, das dem Bericht zugrunde gelegt ist, wie man die 30er-Zonen ausgestalten soll, als richtig. Wir wissen nicht so richtig, wie man auf einen Verzug von vier Jahren kommt, wenn man mal vom best case ausgeht, wir sind schliesslich auch Optimisten, sonst wären wir nicht in der Politik. Gemäss den Abstimmungsunterlagen und der Mitteilung der Gemeinde wurde gesagt, dass man frühestens im Herbst 2022 mit der Umsetzung der blauen Zone oder Parkraumbewirtschaftung beginnen könne, frühestens, nicht es sei im 2022 fertig. Wenn wir die Phasenausgestaltung der Planungsphase anschauen, sehen wir, dass man mit der ersten Phase im 4. Quartal 2023 beginnen kann. Die Parkraumbewirtschaftung muss auch noch geplant werden. Ich nehme an, bin ich Optimist, diese Planung läuft bereits. Die wird aber auch eine Dauer von sechs bis acht Monaten haben, bis man alles spruchreif hat. Mein Vorredner hat ja auf die nicht ganz einfache Planung hingewiesen. Ergo sagen wir, im besten Fall kann man im 3. oder 4. Quartal von 2022 mit der Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung beginnen. Schlussendlich sprechen wir von einem Verzug von sechs bis neun Monaten. Ich glaube, das kann man als vertretbar einstufen. Die FDP-Fraktion wird daher dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Anwesende. Immer öfter hören wir Unverständnis in der Bevölkerung, weshalb in Allschwil kein Tempo 30 gilt. Deshalb begrüssen wir, dass nun ein Plan vorliegt. Wir danken dem Gemeinderat für diesen Zwischenbericht. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass Tempo 30 in Allschwil ohne Schnickschnack umgesetzt wird, also dass zweckmässige Gerüstständer ohne Wappen und ohne Goldränder verwendet werden. In den Details ist uns noch nicht alles klar. Beispielsweise, warum auf der Klarastrasse neben dem Primarschulhaus Schönenbuchstrasse Tempo 30 nicht gelten soll. Wir nehmen aber gerne zur Kenntnis, dass bei besonderen Schutzbedürfnissen, beispielsweise auf Schulwegen oder in der Nähe von Altersheimen, Fussgängerstreifen weiterhin möglich sind, wenn sie vom Kanton genehmigt werden. Grundsätzlich ist uns die Fussgängersicherheit vor allem auf den Schulwegen wichtig. Bei Tempo 30 wird generell ja überall Rechtsvortritt eingerichtet.

Für uns stellt sich die Frage, ob man im Rahmen der weiteren Ausarbeitung nicht prüfen will, ob bei wichtigen kantonalen und kommunalen Velorouten im Tempo 30-Gebiet nicht sog. Velostrassen eingerichtet werden könnten. Sollte die Parkraumbewirtschaftung zeitlich verschoben werden, müsste aus unserer Sicht die Besetzung der zusätzlichen Stelle bei der Gemeindepolizei bis zur Implementierung sichergestellt werden. Beim Sachantrag der SP und SVP ist unsere Fraktion gespalten. Wichtig ist uns, dass der Gemeinderat von Beginn an Gerüste anschafft, welche später mit Tempo 30-Schilder nachgerüstet werden können. Bei einem Teil von uns steht nicht der Zeitfaktor, sondern eher die planerischen und finanziellen Synergien bei der Koordination der beiden Projekte im Vordergrund. Es wird wenig Sinn darin gesehen, die Parkraumbewirtschaftung zu beschleunigen, ohne für Tempo 30 bereit zu sein. Ein Teil von uns wünscht sich eine koordinierte und vernetzte Verkehrspolitik anstelle eines Flickwerks von Einzelmassnahmen. Ein anderer Teil von uns plädiert dafür, dass die Parkraumbewirtschaftung endlich und schnellstmöglich umgesetzt wird, damit die stark betroffenen Quartiere endlich vom Suchverkehr entlastet werden. Wenn man auf Allschwil.ch geht, bzw. es war

bis vor ein paar Tagen oder Wochen so, sah man als erstes «Parkraumbewirtschaftung kommt». In Neuallschwil sehnt sich ein Grossteil der Bevölkerung schon sehr lang danach. Dass sich nun alles noch einmal um bis zu vier Jahre verzögern könnte, lässt sich der Bevölkerung nicht vermitteln. Deshalb stimmt ein Teil von uns dem Sachantrag zu.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich spreche nun als Urheber dieses Vorstosses. Ich habe Verständnis dafür, dass sich einige darüber ärgern, dass durch die hier beschlossene oder zumindest auf den Weg gebrachte Tempo 30-Einführung die Parkraumbewirtschaftung verzögert wird. Das ist ärgerlich. Das ist so. Aber es ist halt auch so, in der Politik merkt man erst im Verlauf eines Projektes, dass etwas doch noch etwas komplizierter ist und sich Abhängigkeiten ergeben, die man zuvor nicht bedacht hat. Dies ist auch hier der Fall. Letztlich glaube ich, ist es wichtig, dass man am Schluss beides hat. Das ist, was schlussendlich zählt und nicht, ob es nun ein Jahr später oder früher eingeführt wird. Der Sachantrag ist nach meiner Meinung ein ungeschickter Antrag. Der Urheber des Antrags sagt zwar, man soll dann die Parkraumbewirtschaftung schnell einführen und dann doch aber auch Vorkehrungen treffen, damit Tempo 30 eingeführt werden kann. Sein Antrag sagt aber etwas anderes aus: «Unabhängig vom Geschäft Tempo 30». Sprich, der Gemeinderat soll einfach die Parkraumbewirtschaftung so schnell wie möglich einführen unter Zeitdruck, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Abhängigkeiten, die sich mit Tempo 30 ergeben. Dann haben wir eben die Situation, dass Markierungen gemacht werden, die man wieder wegnehmen muss, dass man nicht im Voraus planen kann. In diesem Sinn verunmöglicht der Sachantrag genau diese Koordination, die der Gemeinderat vernünftigerweise vornehmen will. Es torpediert lediglich die Einführung Tempo 30. Aus meiner Sicht ist das abzulehnen. Danke schön.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe eine Frage. Andreas Bärtsch meinte, dass mein Kollege Lucca Schulz eine Zahl von vier Jahren in die Runde geworfen habe, wo er dies hernehme. Auf der anderen Seite hat er dann wieder behauptet, es würde dann im 3. oder 4. Quartal der Parkraumbewirtschaftung beendet werden. Meine Frage: Woher nimmst du denn diese Zahl? Auf der anderen Seite würde mich interessieren: Wird der Gemeinderat uns garantieren, dass im 3. oder 4. Quartal 22 das Ganze umgesetzt wird? Danke.

Niklaus Morat, Präsident: Die Rednerliste der Fraktionspräsidenten ist geschlossen. Jetzt kommt noch einmal Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich habe den ersten Teil der Frage des letzten Redners nicht verstanden, weil ich gemeint habe, dass zuerst die Fraktionssprecher reden und dann ich an der Reihe wäre. Somit wurde das anders getan. Darf ich noch einmal darum bitten, diese Frage noch einmal zu stellen, damit ich auch adäquat Antwort geben kann.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Andreas Bärtsch meinte, dass Lucca Schulz die Zahl von vier Jahren in die Runde warf, dass die Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung plus minus ungefähr vier Jahre dauere. Gleichzeitig hat er dann aber wiederum behauptet, dass es spätestens Ende Jahr 2022, sprich im 3. oder 4. Quartal umgesetzt werden könne oder sollte. Meine Frage war: Woher hat er diese Zahl? Erstens. Auf der anderen Seite würde mich auch interessieren, ob uns der Gemeinderat garantieren kann, dass die Parkraumbewirtschaftung im 3. oder 4. Quartal umgesetzt werden kann, bzw. beendet sein wird.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke vielmals für all die vorgebrachten Voten. Ich möchte gerne die einzelnen vorhandenen Punkte der Reihe nach aufgreifen. Lieber Lucca Schulz, wie man auf diese vier Jahre kommt, muss man mir mal vorrechnen. Ich mag nicht der begabteste Mathematiker zu sein, da gibt es unter euch Leute, die viel besser sind, aber ich komme bei allen gemachten möglichen Anstrengungen nicht auf plus vier Jahre. Ich weiss nicht, wie das geht. Hätte man mir gesagt zwei Jahre, dann kann ich das nachvollziehen. Aber vier Jahre kann ich nicht nachvollziehen. Hier bitte ich darum, dass man das Ganze so machen kann. Noch einmal: Eine Inbetriebnahme, das war richtig, so hiess es, ab Herbst 2022 – ab! Ich weiss nicht, wie ihr euch das vorstellt. Das ist nicht ein Knacks und dann haben wir das in ganz Allschwil. Man muss sich vorstellen, jene die es beobachtet haben z.B. bei der Neuweilerstrasse, dort ging es eine ganze Woche, um ein paar Parkplätze, also 98 Parkplätze aufs mal wegzufräsen und irgendwie sieben Striche zu zeichnen. Eine Woche wurde daran gearbeitet. Nun müsst ihr euch einfach schnell einmal vor Augen führen, wie lange es ungefähr dauert: Wir haben 500 Strassen, wir setzen mindestens 100 verschiedene Schilder. Wir haben keine Armee von Leuten, die das umsetzen können. Das ist ressourcentechnisch gar nicht auf einen Klatsch möglich. Das muss gestaffelt erfolgen. Zudem empfiehlt uns auch ein Planungsbüro, dass wir es auf diese Weise umsetzen. Wir

hatten bis jetzt immer die Variante gewählt, dass, wenn man ein Planungsbüro bezieht, dieses eine Empfehlung abgibt wie etwa «Wir finden das gut oder nicht.», nehmen wir jetzt die vorhandene Empfehlung. Es hat sich bei verschiedenen grösseren Projekten in der Praxis bewährt, dass etappenweise gearbeitet wurde. Den Hegenheimermattweg haben wir auch nicht einfach oben unten abgesperrt und dann einfach gebaut und gut ist. Wir haben ebenfalls in Etappen gearbeitet. Man hatte innerhalb der Etappen, wie auch an der Baslerstrasse genau dasselbe, Erkenntnisse verschiedener Art und Weise gewonnen, durch die man dann in der nächsten Etappe Verbesserungen anbringen konnte. Sei es punkto Zusammenarbeit der einzelnen Gewerbe, sei es punkto Sicherheit etc., was auch immer. Die Etappierung ist zwingend. Das geht gar nicht anders. Dann ist es natürlich völlig unsäglich, wenn man Spekulationen in den Raum hängt und von ein paar zehntausend Franken spricht. Keine Ahnung wie man auf diese Zahl kommt. Es ist so, wir haben keine Zahl genannt, denn wir kennen sie ja auch nicht. Dem Planungsbüro haben wir keinen Auftrag für eine Eventualplanung gegeben, die würden uns anschauen und sagen, bitteschön, ich soll einfach mal mehrere Wochen lang oder Tage lang etwas planen, das eventuell irgendwie vorhanden ist, damit ihr eine Zahl habt? Das ist nicht praktikabel. Das wollte auch niemand machen, das haben wir auch nicht getan.

Dann danke ich Stephan Wolf für die Erklärung betreffend VPA. Es geht einfach nicht darum, dass man einfach ein paar Tafeln setzen kann, Lucca Schulz. Das war nun etwas Nonchalance, bitte. Das ist wirklich eine anspruchsvolle und komplexe Geschichte. Ich sagte deshalb ausdrücklich: So gering diese Arbeiten erscheinen mögen, sie sind es leider nicht. Ich selbst war auch sehr erstaunt darüber, dass man daraus ein solches Brimborium machen kann. Aber tatsächlich ist das so. Wir haben Verordnungen, wir haben Normen. Auch wir müssen uns an das halten. So ist das.

Es ist ein komplett falsches Verständnis, wenn man sagt, ein Nein zu Tempo 30 sei dementsprechend auch ein Nein zur Parkraumbewirtschaftung. Ein Entscheid, der zu Gunsten der Parkraumbewirtschaftung gefallen ist, kann nicht durch einen anderen, so nicht vorhandenen Entscheid ausgehebelt werden. Es geht um eine Planung. Ihr habt nun hoffentlich gemerkt, dass die Zusammenhänge sehr eng mit der Planung des einen und des anderen verbunden sind. Es gibt Synergien und es gibt Kongruenzen. Wenn man nun das eine ohne das andere tut, wie es übrigens im Sachantrag verlangt wird, heisst das, man stellt für die Parkraumbewirtschaftung über 100 einzelne Schilder irgendwo hin, dies benötigt auch eine gewisse Zeit, damit das Ganze geplant wird. Denn diese Planung so ist nicht alleine machbar. Es geht darum, dass sie eben kombiniert gemacht werden soll. Sonst planen wir alles gleich noch zwei Mal, für zwei verschiedene Standorte. Lucca Schulz, du musst nicht den Kopf schütteln, ich habe es dir genau erklärt, ich erkläre es dir gerne noch einmal. Die Schilder für Tempo 30 stehen woanders als die Schilder für die Parkraumbewirtschaftung. Sie haben eine andere Herausforderung, die berücksichtigt werden muss. Seite 6, Seite 7 zeigt es deutsch und deutlich, wo die einzelnen Schilder stehen oder welche Qualitäten sie haben müssen, welche Aufgaben sie haben. Es geht nicht nur darum, über die Information, sondern z.B. auch mit der Schaffung der torähnlichen Situation, die dabei dann gleich kombiniert werden kann oder kombiniert werden soll. Das ist eine vorhandene, relativ komplexe Angelegenheit.

Ich möchte noch zu Miriam Schaub sagen, wir haben nirgends was von Goldrändern geplant. Das finde ich noch wichtig. Sondern wir haben speziell darauf hingewiesen, wie ich es mündlich ausgeführt habe, dass wir keine teure Konstruktion wollen, sondern etwas Praktisches. Wir benötigen keinen rostfreien Stahl, sondern wir setzen auf verzinkte Rohre. Das ist was Praktikables, auch wenn man mal ein solches Ding umstösst und ein neues hinstellen muss, kostet das nicht gleich ein Vermögen, sondern das kann man wieder ersetzen. Das Vorhandene wurde bereits bedacht. Wir haben das bereits so mitgenommen. Wie gesagt, auch von dieser Seite her, wie man auf die vier Jahre kommt, bitte erklärt es mir, ich verstehe es einfach nicht so ganz.

Zuletzt, Mehmet Can, mit der Garantie: In die Zukunft was garantieren kann ich nichts. Sonst hätte ich nämlich eine Kristallkugel. Es ist so: Sicher sagen kann ich, wie lange das Planungsbüro braucht, bis die Planungen fertig sind, falls ich das Planungsbüro fragen kann und es mir eine definitive Antwort geben kann. Stand heute Abend weiss ich das nicht, weil diese Arbeiten im Gang sind. Versierte Leute unter euch können sich als Ingenieur selbst ein Bild machen. Ich habe jetzt was gehört von sechs bis acht oder neun Monate. Das ist, was mir auch so zugetragen wurde. Das scheint mir eine realistische Zeit. Wenn ich jetzt Januar plus Neun rechne, sind wir im Herbst. Dann haben wir mal die ganze Planung. Dann haben wir nichts abgeschlossen. Der Sachantrag, so wie er vorliegt, ist nicht erfüllbar – ist nicht erfüllbar. Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt, wir bekommen das bis Herbst 2022 nicht hin, dass alles umgesetzt sein wird. Man bekommt es allerhöchstens hin, dass wir dann beginnen können. Das ist ein wahnsinnig grosser Unterschied, weil es einen gewissen Zeitfaktor

braucht, der bemessen werden muss. Das wurde übrigens auch im Geschäft 4181 ganz klar ausgelegt. Ich hoffe, ich konnte die paar Dinge erklären können. Danke fürs Zuhören.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Tempo 30 wurde bei uns im ER im Dezember 2019 thematisiert. Der Parkraum ist auch ein altes Kind. Die Stimmbürger*innen, also jene, die am Entscheid teilgenommen haben, haben letztes Jahr gesagt, das soll kommen. Klar, es sind vielleicht nicht alle Quartiere genau gleich, aber das Flachland von Allschwil trifft es sehr. Gemeinderat Philippe Hofmann sagte, der Parkraum sei ein emotionaler Entscheid gewesen. Das ist richtig. Das hast du gesagt. Noch einmal gemeinsam anhören. Dieser Entscheid ist von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entschieden. Du hast auch gesagt, Tempo 30 käme nicht so schlank durch, wie wir denken. Das wurde auch gesagt. Es könnte Verzögerungen geben. Und jetzt, etwas, das entschieden ist mit etwas, das wie ein Wunschbüchlein im Raume steht, miteinander zu verknüpfen, ist, wie wenn ich sage, wir gehen in die Ferien, wenn schönes Wetter ist. Was soll das? Du hast auch gesagt, man müsste wieder die Strassen aufreissen mit Bagger und Leitungen. Quark, das geht gar nicht. Es müssen auch nicht zwei Fliegen auf einmal geschlagen werden. Es muss niemand geschlagen werden. Man soll einfach diesen gefällten Entscheid gehen lassen und machen lassen. Leute, die an der Abstimmung teilgenommen haben, warten darauf. Richtig ist, dass es toll wäre, wenn beides umgesetzt werden könnte. Es sind zwei Geschäfte. Zwei Geschäfte, die nicht miteinander sachlich zusammengezogen werden können. Es geht um Geld, à la bonheur. Aber das eine haben die Stimmenden, die an der Abstimmung Teilnehmenden entschieden. Das andere Geschäft ist hier im Einwohnerrat, Verwaltung, Gemeinderat noch hängig. Über Jahre müssen wir nicht sprechen. Wir müssen darüber sprechen, was dem Volksentscheid wichtig ist und was nicht. Im Wochenblatt, bin jetzt ganz frech, hängt man zwei, drei drauf, steht auf Seite 24 in einem Inserat Projektleiterin Stadtentwicklung Raumplanung: «Allschwil gehört zu den grössten Gemeinden der Nordwestschweiz und ist eine innovative Vorortgemeinde von Basel.» Weiter unten steht, das habe ich zum ersten Mal gelesen, und ich finde es grandios: «Allschwil als grösste Stadt des Kantons Basel-Landschaft». Martin, du siehst unten im Kantonsblättli, du suchst jemanden für die Primarschule und es steht da: «*Allschwil als grösste Schule im Kanton ...*» und es heisst hier: «*Als finanzstarke Gemeinde ist sie eine attraktive und innovative Arbeitgeberin.*» Wir sind die grösste Stadt und scheinbar auch finanzstark. Wir wollen attraktiv sein. Wir müssen auch für diese Leute attraktiv sein, die hier wohnen, die an der Abstimmung teilgenommen haben. Ich appelliere wirklich an euch: Hängt nicht das eine auf an einer Möglichkeit, die kommen könnte. Setzt um, was möglich ist! Danke schön.

Pascale Uccella, AVP: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich kann den Gemeinderat verstehen, dass er die Planung gerne zusammennehmen möchte, was sicher sehr viel einfacher ist. Nur, die Bevölkerung versteht den Gemeinderat nicht mehr, oder besser gesagt die Gemeinde Allschwil. Jeden Tag muss ich mir anhören oder, wenn ich irgendwo am Lindenplatz vorbeigehe, ja klar, es ist das untere Allschwil - ich sage das jetzt in Ausrufezeichen – das einfach extrem geplagt ist! Sie warten darauf, dass umgesetzt wird, worüber die Bevölkerung abgestimmt hat. Dann muss man sich anhören, wenn die Bevölkerung zu einem kommt und sagt: «Das machen die wohl wieder extra. Schön hinauszögern, und Tempo 30 kommt dann sowieso nicht. Dann gibt es ein Referendum, und dann wartet man noch länger und noch länger.» Ich würde gerne bitten, Entschuldigung Herr Gemeinderat Philippe Hofmann, kommen Sie mal an den Lindenplatz morgens um 6.30 Uhr! Ich kann Ihnen eines sagen, wir haben dort ein Autobahnrennen, wer ist schneller auf einem Parkplatz. Es ist extrem. Ich meine, ich wohne dort, und ich habe ansonsten noch nie so viele Leute gesehen, die morgens dort herumfahren. Die Bevölkerung versteht es nicht mehr, weshalb man das nun nicht umsetzen konnte, und weshalb das nun in dieser Motion 30 sein muss. Klar ist es einfacher, klar, man könnte ein wenig Geld sparen. Aber das interessiert die Bevölkerung nicht. Wenn Sie sagen z.B. auch, diese Bagger, die immer aufkreuzen, auch das begreift die Bevölkerung nicht. Man reisst auf, man macht wieder zu, man macht wieder auf, immer dieselbe Strasse. Das kann die Bevölkerung doch nicht verstehen. Deshalb muss ich einfach sagen, die Parkraumbewirtschaftung muss kommen, und wir werden nach dem Sachantrag gehen. Das Einzige, was ich auch sagen muss, es ist ein etwas schnelles Tempo, wenn es im Herbst fertig sein soll. Ich wäre schon nur mal froh, wenn man im Herbst mal beginnen würde. Danke.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ja, zu deiner Frage. Ich habe gesagt, dass wir frühestens im Herbst mit den Markierungsarbeiten beginnen können. Wie wir zuvor gehört haben, dass erst einmal für die Parkraumbewirtschaftung geplant werden muss, dies dauert ungefähr diese sechs bis neun Monate. Dann befinden wir uns im dritten oder vierten Quartal. Wenn man in den Bericht schaut, sieht man, dass eigentlich der Markierungsplan für Tempo 30-Zone im dritten Quartal 2023 vorliegt. Wenn wir nun etwas optimistisch rechnen, ich habe gesagt, ich bin Optimist, dann kann man im dritten

Quartal 2023 beginnen. Macht ergo diese sechs bis neun Monate. Diese sechs sind natürlich auch optimistisch. Aber diese sind in etwa genauso optimistisch wie die vier Jahre pessimistisch sind.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Mitglieder. Ich glaube, wir demonstrieren hier sehr genau, dass die Planung alles andere als eine Wissenschaft ist, sondern einfach, ein paar machen es besser, ein paar machen es weniger gut. Was mich allerdings erstaunt, ist, dass hier mehrere Voten gefallen sind, die sagen, es spielt doch keine Rolle, wann das kommt. Wenn dies die Attitude ist, dann würde ich den nächsten Vorschlag bringen und sagen, wir machen Markierungen immer erst dann, wenn wir den Belag ändern, denn dann machen wir alles zusammen. Ich glaube, dazu würde auch niemand ja sagen. Für mich ist wirklich die Frage offen: Wie sicher ist es, dass wir Tempo 30 durchdiskutiert haben? Wir haben gerade zuvor gehört, es gibt mehrere Aspekte, die noch einiges komplizierter sind, als eine blaue Zone. Mit Zusatz-Velorange, mit Zusatz-Trasse usw. usf. Auch wenn wir selbst zu Tempo 30 ja gesagt haben, gibt es noch einmal eine längere Planungsphase fürs Tempo 30. Wenn man das alles zusammenrechnet, ergibt das irgendeine Anzahl von Monaten, in denen wir es verschoben haben. Wenn nun hier irgendjemand ist, der so positiv ist, dass bei den Vorstößen, die lange nicht geliefert wurden, obwohl wir eigentlich einen klaren Terminkalender haben, bis wann etwas geliefert werden muss, dann immer noch diese Zuversicht hat, dass es in einem sinnvollen, erträglichen Rahmen für die Bevölkerung kommt, dann muss ich sagen, fein, ich habe sie nicht. Viele Leute, mit denen ich dies durchbesprochen habe, haben das auch nicht. Das Vertrauen, dass wir ein kompliziertes Geschäft wie Tempo 30 in einer kurzen Zeit durchziehen, das haben wir nicht. Deshalb: Weshalb soll ich mit der Parkraumbewirtschaftung warten? Bis ich dann Tempo 30 durchgeplant habe, sind wieder ein paar Jahre ins Land gezogen. Dann können wir dann Tempo 30 einführen. Danke.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Zu diesen ominösen vier Jahre: Ich glaube eben, wenn man von der Volksabstimmung im September 21 ausgeht, dann - meine beiden Vorredner haben es ja bestätigt, ist das nicht eine absurd hohe Zahl von vier Jahren, bis es dann umgesetzt wird. Im Weiteren wurde gesagt, dass der Sachantrag verhindern würde, dass man das bedenken würde. Es geht ja nur darum, dass der Gemeinderat im Hinterkopf behält, das traue ich Philippe Hofmann zu, dass man auch darüber nachdenken könnte, was wäre, wenn dann drei Jahre später Tempo 30 umgesetzt wird, wenn es z.B. um die blauen Zonen oder um die Parkfelder geht. Das ist nun keine kognitive Meisterleistung, nehme ich an. Dann bleibt immer noch offen, was ist, wenn Tempo 30 abgelehnt wird? Das ist immer noch alles andere als klar. Dann stehen wir nämlich auf Feld Null im Problemfall Parkraumbewirtschaftung. Dann sind wir, ich sage mal im worst case 2025, Tempo 30 abgelehnt, Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung in diesem Fall auch, mal vorläufig dahin. Dann muss dieses auch noch einmal kommen. Dann können wir sogar fünf Jahre sagen, dann geht es wahrscheinlich bis 2026.

Zuletzt: Bis Herbst 2022 – zugegeben, das ist sportlich. Letztendlich ist es aber das, was im Bericht festgehalten ist. Meine Güte, wenn man dann halt beginnt und möglichst schnell fertig wird, deswegen würden wir jetzt auch nicht vor Gericht ziehen, nehme ich mal an. Aber dies nun aber als Argument bringen: Ich kann dem nicht zustimmen, weil es nur bis zum Herbst 2022 und das geht dann vielleicht nicht. Das kann auch nicht ein Argument sein.

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke schön vielmals. Jean-Jacques Winter sagte es völlig zu Recht, es gibt bereits einen Volksentscheid zu dieser Parkraumbewirtschaftung. Es ist auch völlig ausser Frage, dass man den umsetzen muss. Nur sind wir der Meinung, den muss man auch fundiert umsetzen. Es ist nicht so, dass die Planung keine Wissenschaft ist, wie einer meiner Vorredner gesagt hat, sondern das kann ich wie gesagt als Jurist bestätigen, eine solche Planung ist unheimlich kompliziert. Da haben wir dann nicht nur so kurze Berichte, dann haben wir ganze Leinwände, auf denen jede Tafel eingezeichnet werden muss etc. und überprüft werden muss, ob sie SSV-konform ist. Wir sind der Meinung, dass wir hier keine Doppelspurigkeit schaffen sollten, sondern dass es ganz wichtig ist, dass man es bedacht plant, miteinander plant und dann auch gemeinsam umsetzt. Es wurde auch gesagt, ja, die Gemeinde Allschwil sei finanzstark, die können es sich leisten, eine Doppelplanung zu machen. Ob die Gemeinde Allschwil finanzstark ist, kann ich frühestens dann beurteilen, wenn wir das nächste Budget beraten, weil ich die anderen Zahlen noch nicht kenne. Für mich aber ist auch wichtig, dass die Gemeinde Allschwil finanzstark bleibt und dass man daher auch sorgfältig mit den Finanzen umgeht. Es wurde heute auch schon gesagt, man frage sich sowieso, weshalb es in der Gemeinde Allschwil so lange geht, bis man Tempo 30 eingeführt hat. Das waren damals finanzielle Gründe. Ich mag mich gut erinnern an die damalige Sitzung. Das hatte auch damit zu tun, dass es so kompliziert ist, eine Signalisation zu machen. Mit ein paar Tafeln ist es eben nicht getan. Damals benötigte es auch noch ganz erhebliche bauliche Massnahmen, um so eine Torwirkung zu erzielen. Damals sprach man von einem Betrag, ich glaube, von 400'000 Franken, die

alleine die baulichen Massnahmen kosten würden. Dies führte dazu, dass der damalige Antrag letztendlich zuerst sistiert wurde und dann vom Volk ursprünglich abgelehnt wurde. Dies müssen wir vermeiden. Ich denke, solche Schildbürgerstreiche, dass man etwas baut, wieder abfräst und neu macht, das sollte man auf jeden Fall vermeiden, denn das würde die Bevölkerung auch nicht verstehen. Die Verzögerung der vier Jahre, die im Raum stehen, ich glaube die wurden heute schon sehr deutlich relativiert.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Stephan Wolf, die juristische Angelegenheit, es kommt immer drauf an. So. Auf der anderen Seite: Ich kann mit den Begründungen von Herrn Hofmann nichts anfangen, bzw. kann ich nicht viel nachvollziehen. Auf der einen Seite ist der Gemeinderat mit 500 Strassen überfordert, heisst es, auf der anderen Seite will man etwas miteinander verkuppeln, verknüpfen, das gar noch nicht verabschiedet ist. Man weiss ja gar nicht, ob es überhaupt umgesetzt wird. Hinzu kommt, man will etwas sparen. Was wollt ihr sparen, wie viel wollt ihr sparen? Ihr wisst es doch gar nicht. Es sei mal klar erwähnt, das Volk hat den Auftrag erteilt, und der muss umgesetzt werden. Wann und wie und wie lange es dauert, kann keiner von euch sagen. Es heisst einfach, ja, wir tun das. Wann? Wie? Es sei nicht so einfach. Doch, beginnt doch mal! Dann schauen wir weiter. Danke.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich durfte schon lange nicht mehr auf ein Votum warten, ich war ganz kribbelig. Ich finde es echt spannend, wie sich diese Diskussion hier entwickelt. Zuvor haben wir gehört, ja, wir müssen schauen, welche Kosten es verursacht. Tempo 30 wurde zwei Mal abgelehnt. Stephan Wolf, es ist keine Frage der Kosten, sondern es war ein Volksentscheid. Oder? In der Parkraumbewirtschaftungs-Referendumsgruppe waren relativ bekannte Leute aus deinen Kreisen. Ich kann mich auch fragen, was das gekostet hat. Ich glaube, Politik ist nicht kosteneffizient. Politik ist Meinungsfindung. Ich glaube, 60 % haben zur letzten Vorlage gesagt, wir wollen das umgesetzt haben. Wir machten den kompletten Spiessrutenlauf zu diesem Thema. Es wurde ein Referendum angenommen, respektive von der Bevölkerung schlussendlich abgelehnt. Dies gilt es umzusetzen. Ich verstehe nicht genau, wie man dies nun mit etwas koppeln kann, das noch gar nicht beschlossen ist. Es ist erst mal ein einwohnerrätlicher Prozess. Es gab eine Mehrheit in diesem Rat, die gesagt hat, wir überweisen diese Motion und lassen sie prüfen. Es gab eine Mehrheit in diesem Rat, die gesagt hat, wir geben einen Planungskredit aus. Schlussendlich wird es jetzt dann eine Vorlage und dann eine Schlussabstimmung geben. D.h. es steckt überhaupt in einem ganz politischen Prozess, der noch eine ganz andere Richtung einschlagen kann. Wenn man meint, dass Allschwil beim dritten Versuch von T30 sagt, wir winken das komplett durch, es gibt hier oder draussen keine Gruppierung, die sagt, nein, ich will das vors Volk bringen. Ich bin nicht politisch verklärt, aber ich muss sagen, ich habe ein wenig eine Ahnung, was draussen abläuft. Dann reden wir wiederum von Kosten. Nein, es ist ein politischer Prozess. Ich finde es relativ sehr suspekt, wenn man etwas verknüpft, das eine komplette Vorlage ist, bei dem ein fertiges Reglement von der Bevölkerung abgeseget wurde. Mit etwas, was in den Sternen steht, egal, ob es noch zwei oder auch fünf Jahre dauert. Ich frage mich, ob es generell überhaupt rechtens ist, das auf diese Weise zu tun. Ich fände es noch recht spannend, was der Regierungsrat eigentlich dazu meint, wenn man versucht, Beschlossenes mit etwas von irgendwo her zu verbinden, wenn nur Synergien möglichst genutzt werden können. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat haben am Hegenheimerweg nicht gesagt, wir sprechen nun nicht 3,5 Mio. Franken für diese Strasse, weil wir ja wissen, irgendwann kommt noch das Tram, dann müssen wir diese Strasse wieder aufreissen. Nein, man hat es nun trotzdem getan, weil es getan werden muss. Der Gemeinderat hatte damals bereits gesagt, es gibt doch Synergien, wir setzen doch diese Kandelaber genau in dem Abstand hin, als könnte man dort auch gleich die elektronische Trämli-Aufhängung anbringen. Das sind doch genau diese Synergie-Effekte, die man nutzen muss. Man muss keine Scheuklappen haben, sondern hinschauen, wann das wäre. Falls das kommt, kann man Synergien nutzen, und eine Doppelplanung, finde ich, genau das, was man jetzt macht. Sondern jetzt versucht man etwas zu verknüpfen, was noch in den Sternen steht, mit etwas, das man umsetzen muss. Wenn es dann abgelehnt wird, war es wieder eine Doppelplanung. Man muss es im Hinterkopf haben. Man muss sagen, wie wollen wir es gestalten, dass wir bei Einführung von T30 vielleicht Minderkosten haben. Aber wir müssen nicht A und B koppeln. Denn das ist momentan komplett woanders. Deshalb bin ich relativ verwirrt, weshalb man das macht. Noch gibt es finanziell-politische Aspekte, aber hier haben wir es mit einem demokratischen Entscheid zu tun. Dieser sollte eigentlich relativ hoch gewichtet werden. Besten Dank.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin sowohl für die Parkraumbewirtschaftung wie auch sehr für Tempo 30. Dies einfach mal vorausgeschickt. Ich finde, in der Diskussion geht in der Beachtung verloren, dass es ein Zwischenbericht ist, welcher der Gemeinderat vorlegt. Als Zwischenbericht finde ich den wohl überlegt und seriös. Das möchte ich

einfach formell sagen. Nun habe ich aber noch eine grundsätzliche und für mich wirklich wichtige Frage neben dieser Parkraumbewirtschaftung und Tempo 30. Geschätzte Anwesende, ist es nicht grundsätzlich so, dass wir in Allschwil eigentlich zu viele herumfahrende Autos und zu viele herumstehende Autos haben? Ist das nicht grundsätzlich so? Wenn man diese Frage mit ja beantwortet, müsste im Grunde genommen die Politik, müssten wir alle etwas unternehmen, damit weniger Autos herumfahren und herumstehen. Ich sehe nichts davon, seit Jahren nicht. Ich wollte einfach noch einmal daran erinnern, weil mir das nach wie vor wichtig ist, auch wenn es ein Evergreen und nicht nur green ist.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ja, ich nehme die Gelegenheit noch einmal wahr, um auf die Wissenschaft zurückzukommen. Die Wissenschaft geht von Hypothesen aus, nutzt ihr Wissen und zieht mit Experimenten Schlussfolgerungen, um dann ihr Wissen zu vergrössern. Bei der Planung funktioniert das leider nicht, denn, was immer wir planen, ist eine Schätzung, die unter gewissen Ansätzen vorgenommen wird. Wir haben dem Volk eine Vorlage gegeben, die sagt, wir schätzen, wir können im Herbst 22 beginnen. Nun kommen wir und sagen, dummerweise haben wir, als wir das gemacht haben, die falschen Annahmen getroffen. Wir haben keine neue Schätzung. Die neue Schätzung heisst, wir machen es irgendwann dann mal. Mehr wissen wir im Moment nicht. Wir wissen nur, wir machen zusammen mit Tempo 30. Wenn ich dieses Vorgehen unterstütze, heisst das für mich persönlich, dass ich hier überhaupt nicht mehr mit Zeiten rechnen muss. Denn alle Annahmen, die wir treffen, können jederzeit wieder über den Haufen geworfen werden. Soviel zur Planung und meinem Verständnis von Planung. Ja, es ist eine sehr sorgfältige Arbeit, die man machen muss, und sie ist sehr aufwendig. Ich habe kein Problem damit, dass es nach der Abstimmung beinahe ein Jahr dauert, bis man es geplant hat. Weil, wie ausgeführt wurde, nicht ganz einfach. 500 Strassen sind 500 Strassen. Es ist viel Arbeit, man muss sie gut durchdenken, es gibt rundum viele Bedingungen. Wie ich zuvor erwähnt habe, wenn wir nach diesem Prinzip arbeiten, dass wir, sobald wir sehen, eine Annahme ist nicht ganz so gut, so dass man das Ganze wiederum über den Haufen wirft und wieder von vorne beginnt, müssen wir hier nicht mehr über Zeiten sprechen, dann geschehen die Dinge einfach irgendwann dann, wenn sie soweit sind. Das ist nicht das Prinzip, nach dem wir arbeiten. Wir treffen hier Entscheide, und da kommt die Erwartungshaltung der Bevölkerung, dass diese Entscheide im Rahmen durchgeführt werden. Wenn der Rahmen mehrere Monate beinhaltet, dann ist das vielleicht noch tragbar. Aber hier haben wir überhaupt keine Aussage, wie lange es dauern wird. Wir alle hier schätzen lediglich, es könnte vielleicht zwei Monate, vielleicht zwei Jahre, vielleicht zehn Jahre dauern, falls wir das immer an Tempo 30 knüpfen. Diese Frage kommt zurück, selbst wenn es mal abgelehnt wird. Vielleicht wird es partiell doch wieder zugelassen. Hatten wir alles schon einmal. Wir alle gingen schon einmal durch all das. Allein der Umstand, dass wir hier einig sind und die Parkraumbewirtschaftung wollen, heisst noch nicht, dass wir es durchgebracht haben. Siehe Referendum Parkraumbewirtschaftung! Da hatten wir eine Art Glück, das Referendum kam nicht durch. Beim der Wegmatten kam es durch. Die Wegmatte lag jahrelang herum und machte überhaupt nichts. Weder die Bevölkerung hatte einen wirklich guten Nutzen davon, noch wir hatten einen guten Nutzen davon, als Finanzmittel. Es ist fortune telling. Wenn wir wirklich so frech sein wollen und sagen, wir haben einen Entscheid von der Bevölkerung, wo wir auch einen Umsatz haben, und wir sagen, falls wir einen anderen Entscheid fällen, machen wir es dann anders, finde ich, das geht einfach zu weit. Danke schön.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich staune etwas über die engagierten Votanten zu meiner Rechten, welche Position sie vertreten. Ich möchte daran erinnern, wir haben hier diese Motion Tempo 30 mit einer sehr grossen Mehrheit auf den Weg gebracht. Auch die SP hat ihr zugestimmt. Es wundert mich schon sehr, wie nun hier Unsicherheit geschürt wird und gesagt wird, das sei ja alles noch gar nicht beschlossen, und man wisse ja gar nicht, ob man das wirklich wolle, und das Volk und überhaupt... Das seien alles reine Wünsche und sozusagen ungelegte Eier. Ich finde das schon ein wenig erstaunlich, wenn gesagt wird, was das Volk will. Ich masse mir nicht an, dass ich weiss, was das Volk will. Ich glaube aber, ich kann ein wenig einschätzen, was die Wählerschaft von meiner Partei will. Sie hat sicher, ich glaube, ich kann das so einschätzen, mit grosser Mehrheit der Parkraumbewirtschaftung zugestimmt, wird aber auch dafür sein, dass die Verwaltung kostengünstig und effizient plant. Das ist kein Widerspruch. Ich glaube, die SP-Fraktion wird diesen Salto, den sie macht, wenn sie ein Päckchen mit den Gegnern von Tempo 30 macht, auch noch ihren Wählern erklären müssen.

Miriam Schaub, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich spreche jetzt als Einzelsprecherin. Ich wollte erst mal betreffend Zeithorizont sagen, ich glaube, der politische Prozess ist in dieser Planung noch nicht eingerechnet. Wir alle wissen, der politische Prozess benötigt auch noch Zeit, und der ist noch nicht abgeschlossen. Ich bin auch etwas erstaunt, im September

stimmten wir über die Parkraumbewirtschaftung ab. Jetzt haben wir Januar, bald Ende Januar. Man hatte bereits vier Monate Zeit. Ich nehme an, wenn man vorausschauend plant und auf Synergien achtet, hat man auch schon mit Weiterplanen begonnen. Es gibt noch ein weiterer Punkt, worüber ich echt erstaunt bin. Man spricht immer von Synergien aber gerechnet hat man nicht. Ich finde das wirklich extrem erstaunlich. Wenn ich Synergien sehe, würde ich auch gerne wissen, in welchem Umfang sie sind. Ich finde schon, man muss sich fragen, was ist, wenn Tempo 30 nicht durchkommt. Das ist einfach eine Frage. Sind diese Schilder dann nicht trotzdem falsch geplant? Ich verstehe das nicht. Es wurde noch gefragt, ob wir in Allschwil nicht etwa zu viele Autos haben. Ich selbst finde auch, es gibt zu viele Autos in Allschwil. Ich denke, es gibt auch einen Grund, unter vielen anderen Gründen. Der ist, weil wir der Gratisparkplatz der Region sind, also nicht nur von Allschwil, sondern von der ganzen Region. Wir haben damit eine grosse Anziehungskraft. In gewissen Quartieren steigt der Leidensdruck einfach ins Unermessliche. Das Rennen auf Parkplätze kann ich nur bestätigen. Vielleicht, wenn Philippe Hofmann dann Pascale Uccella am Lindenplatz besucht, kann er noch einen Abstecher in die Quartiere machen und den Leuten helfen, ihre Trotinetts oder Klappvelos ausladen, aufklappen, denn sie gehen ja dann noch in die Stadt arbeiten. Ich möchte einfach noch einmal daran erinnern: Wir hatten eine Petition, wir hatten eine Motion, einen Auftrag des Einwohnerrats, die Bevölkerung sagte ja, wir wollen die Parkraumbewirtschaftung. Und das nun durch ein Hintertürchen einfach noch nicht umsetzen? Ich weiss nicht, wie ich das den Leuten in meinem Quartier erklären soll. Die verstehen das nicht. Und ich verstehe es auch nicht. Ich finde, das ist wirklich ein demokratiepolitisches No-Go. Ich frage mich wirklich auch, ob der Gemeinderat nicht den Draht zur Bevölkerung verloren hat. Ich finde, jetzt ist es unsere Aufgabe als Vertreter der Bevölkerung, hier korrigierend einzugreifen. Ich würde Sie bitten, diesen Sachantrag zu unterstützen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Ganz kurz, Ueli, wir sprechen nicht über Anzahl Autos, wir sprechen über Schleichverkehr, Suchverkehr, Lärm, Sicherheit. Wenn es weniger herumrollende Fahrzeuge hat: Gottseidank. Aber es geht wirklich nicht, ein leidiges Thema, ich verstehe dich und deinen Eifer absolut. Aber primär geht es darum, in den Quartieren mehr Ruhe, mehr Sicherheit, Lebens- und Wohnqualität hinzubekommen. Matthias, schön, dass du zuvor gesagt hast, man soll tun, was das Volk will. Das wollen wir ja alle. Nämlich, dass wir das tun, was Lucca vorgeschlagen hat, wir trennen die Sachen. Ich werde gerne als SP-ler dem Volk erklären, was die SP von Tempo 30 hält. Ich stellte in meiner Küche drei Mal Plakate her, zuletzt zusammen mit Jérôme und mit Hanspeter Frey. Wir sassen zusammen in meiner Küche und wir, diese drei Parteien, haben gemeinsam Tempo 30 in den Quartieren lanciert. Ich habe kein Problem. Ich habe sogar noch Plakate zu Hause, es sind so 35, 40 Jahre her. Ist machbar. Und übrigens ich habe ganz vergessen, dich, Stephan, zu begrüssen. Willkommen zurück im Einwohnerrat. Du hast mir ganz gut geholfen mit dem letzten Satz, den du gesagt hast, in dem es darum gegangen wäre, die Inselchen an der Spitzwaldstrasse wegzumachen, man wollte die Hälfte davon minimieren, beim Schlussvotum hattest du mich unterstützt, herzlichen Dank. Aber was du jetzt vorbringst mit dem Schildbürgerstreich, das geht nicht. Dieses Wort hast du zuvor verwendet. Ich finde das, was wir jetzt tun, dass angestrebt wird, dies zu verknüpfen, ist der Schildbürgerstreich. Wir haben es zu genüge gehört von allen, die im Flachland wohnen. In 4122 hat es früher geheissen, jä nu – dort bin ich aufgewachsen – sie warten darauf. Man hat genug davon gehört. Ein paar Leute haben es gesagt, die unten wohnen und es wirklich erleben, da gehöre ich auch dazu. Ich muss wirklich anmerken, was genug gesagt wurde, vor allem nun auch von Miriam am Schluss, es geht nicht an, das zu verknüpfen. Der Entscheid wurde gefällt, und was gefällt wurde, lassen wir rollen. Seid so gut, gebt der Parkraumbewirtschaftung, gebt dem Schutz der Anwohnenden, der Sicherheit in diesem Gebiet Allschwil eine Chance. Merci.

Claudia Sigel, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank. Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Präsident. Ich sehe es durchaus als meine politische Pflicht, mit den Steuergeldern, d.h. mit den Geldern von meinen Auftraggebern, von meinen Wählern, sorgfältig umzugehen. Ich bin deshalb auch darauf bedacht, unnötige Ausgaben zu verhindern. Beide Vorlagen wurden angenommen. Ich bin überzeugt, sie werden so schnell wie möglich umgesetzt, aber eben auch sinnvoll. Das benötigt manchmal halt einfach Zeit. Deshalb stimme ich dem Vorschlag des Gemeinderats zu. Danke vielmal.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Jetzt spreche ich mal eine halbe Stunde lang – nein [Gelächter] nein, nein, ich habe nicht mehr all zu viel dazu zu sagen. Grundsätzlich ist es so, zu Etienne Winter kann ich jetzt hier sagen, ich will, dass das Tempo 30 vors Volk kommt und abgestimmt wird. Wir alle von der SVP wollen, dass darüber abgestimmt wird, grundsätzlich! Ich bin überzeugt, ich masse mir das jetzt an, Matthias Häuptli, ich bin überzeugt, dass Allschwil zu einem flächendeckenden Tempo 30 nein sagen wird. Davon bin ich überzeugt. Was wir in Allschwil haben, ist ganz klar der Druck der Parkplätze, der von aussen kommt, ist ja eindeutig spürbar. Wenn man mal zum Morgartenring schaut oder zum 8er hinget, was dort in Basel geschieht, irgendwo müssen die

Leute ja parkieren, und das ist schlussendlich bei uns in Allschwil. Entsprechend, wenn Allschwil nun abgestimmt hat, dass man die Parkraumbewirtschaftung tun soll, das soll man sie jetzt auch durchziehen und ausführen. Danke schön.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Merci vielmal, dass ich das Wort noch einmal erhalte. Mein Name ist heute Abend so oft gefallen, ich denke, ich muss noch zwei, drei Dinge dazu sagen. Lieber Schaggi Winter, wir müssen uns nicht noch einmal gemeinsam anhören, was ich gesagt habe. Es sind zwei, drei Finessen. Es geht wahrscheinlich in eine ähnliche Richtung. Das war nun nicht das Wichtigste, ob ich gesagt habe, wie, bildlich gesprochen, bei den Baggern oder ob die Bagger kommen. Aber eine Aussage macht mich schon etwas stutzig. Es geht um Geld. Es geht nur um Geld. Also, à la bonheur, das ist ja wohl nicht der Umgang, der ein Einwohnerrat hier haben kann. Ich glaube, jeder hier muss gegenüber der steuerzahlenden Bevölkerung ein Mass an Sorgsamkeit an den Tag legen. Dann ist eine solche Aussage ein wenig grenzwertig. Ich hoffe, ich habe dich hierzu falsch verstanden. Was du zur Stadt gesagt hast, das ist natürlich klar, das ist ein Schreibfehler. Das ist so, Allschwil ist ein Dorf. Wir tun ja nicht nichts umsetzen, sondern wir machen eine saubere Planung, die getan werden muss, und dann erst setzen wir um. So. Das ist das.

Liebe, Pascale, du darfst mir auch weiterhin Du sagen, das ist in Ordnung, wenn das für dich auch stimmt, du kannst mich auch mit Phippe ansprechen. Der Bagger: Das war Bildsprache! Ich sage nicht, die Bagger müssen danach kommen. Ich habe gesagt, es ist, wie wenn bei einer frisch geteerten Strasse noch einmal Bagger kämen. Wir baggern da nichts. Das war im übertragenen Sinne gesprochen. Nun, wenn natürlich von der AVP gesagt wird, wir stimmen dem Sachantrag zu, sind aber schon auch in dem Sinn, wenn es nicht ganz Herbst ist, dann ist es auch nicht ganz so schlimm. Das verstehe ich natürlich schon nicht gänzlich. Eine Stringenz heisst, ich stelle den Sachantrag, ich stimme dem zu, ich will, dass es so ist. Wenn man das selbst nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren kann und weiss, dass es nicht realistisch ist, dann kann man solchem auch nicht zustimmen. Ich erwarte natürlich schon, dass sie vorhanden ist.

Danke Lucca Schulz. Das mit den vier Jahren ist reine Hypothese. Irgendeine Zahl in die Luft gehängt. Du konntest es mir nicht belegen. Ich habe es auch nicht erwartet, dass du es belegen kannst, denn man kann es auch nicht belegen. Das ist so. Auch die sechs bis neun Monaten mit den Planern können wir auch nicht belegen, Mehmet Can. Denn der Planer arbeitet so schnell wie er arbeitet, wenn er krank wird, wird er krank, wenn er Husten hat, hat er Husten. Ich weiss es nicht, wie stetig er in Zukunft arbeiten oder nicht arbeiten wird. Das kann ich so auswendig einfach nicht sagen. Sondern, wir sind auf gewisse vorhandene Aussagen angewiesen. Wenn dann eine solche Aussage kommt, dass der Gemeinderat mit 500 Strassen überfordert sei, dann frage ich einfach zurück, ob der Einwohnerrat Can mit der Sachlage überfordert ist, weil nicht der Gemeinderat plant, sondern die Planer planen. Ich hoffe, dass das klar ist. Wir können nicht für jemand anderen Verantwortung übernehmen, worauf wir keinen Einfluss haben. Wir sind davon abhängig, dass ein Planungsbüro uns eine Eventualplanung übergibt und sagt, wir haben den Vorsatz, dass wir das so und so gerne planen möchten. Wir haben übrigens einen hier vorliegenden Zeitplan. Diesem müssen wir folgen. «Fangt mal an!», das ist keine Politik, Himmelsterne, wir können doch nicht einfach mit irgendwas beginnen, ohne dass wir seriös wissen, was wir tun. Das war nun etwas zu einfach, dagegen verwehre ich mich also. Sowas machen wir nicht. So.

Etienne Winter, ich verstehe jetzt nicht ganz, was das mit den Synergien gewesen sein sollte. Das musst du mir erklären. Genau im Bachgraben nutzten wir Synergien, indem wir dort Kandelaber setzten für ein Trämli. Ich habe keine Ahnung, wann dieses Tram kommen wird. Das kommt vielleicht nie. Oder es kommt vielleicht in zwanzig oder in fünf Jahren – ich weiss es nicht. Trotzdem haben wir Synergien genutzt, weil wir es konnten. So haben wir das dort gemacht. Ich kann mir das nicht einfach ein wenig im Hinterkopf behalten oder irgendwo bei den Planern haben, als ob es wäre, wie wenn wir irgendetwas tun könnten. Das geht einfach nicht. Man macht eine Planung, man hat eine Ausgangslage und würde gerne dafür ein Resultat haben. So arbeiten wir.

Wenn Ueli Keller die Frage stellt, ob es zu viele Autos gibt – das kann ich nicht beantworten. Ich weiss es nicht, ich masse es mir auch nicht an, den Massstab zu ziehen, ob es zu viele oder zu wenige Autos gibt. Das geht einfach nicht. Aber etwas Wichtiges wurde gesagt, nämlich wegen des Zwischenberichts. Danke vielmal. Denn diesen hätten wir auf diese Weise gar nicht erstellen müssen. Einfach, damit das auch noch einmal gesagt ist. Wir machen das aus Transparenzgründen und weil wir immer offen und ehrlich kommunizieren wollen. Das ist etwas, was ich euch schon immer gesagt habe. So möchte ich gerne arbeiten. Deshalb habt ihr auch einen zweiten Zwischenbericht, deshalb können wir bereits eine halbe Ewigkeit darüber diskutieren. So ist das.

Was war noch? Zu Mark Aellen wollte ich noch was sagen. Richtig, was mit der Annahme gesagt wurde. Es ist, was gesagt wurde, einfach vom Rahmen her. Wir diskutieren über 3. Quartal 22 versus 4. Quartal 23. Ob das den Rahmen sprengt oder nicht? Auch hier bin ich nicht der Massstab. Wir haben doch schon x Projekte verabschiedet und wussten am Tag nicht, wie genau dann die Umsetzung abläuft. Wir haben das bei verschiedenen Faktoren erlebt. Das ist, meine Damen und Herren, eine grosse Kiste, diese hier vorliegende Parkraumbewirtschaftung. Das ist nicht einfach ein kleiner Klacks. Bei der Baslerstrasse gab es auch Verzögerungen. Es ist eine riesengrosse Sache. Ich glaube, gewisse sind sich einfach der Tragweite nicht bewusst, was wir hier tun wollen. Ich habe gesagt, es ist eine Zäsur für unsere Strassen. Das ist nicht einfach eine vorhandene Floskel, das ist tatsächlich Respekt vor dem Umgang mit dem Projekt.

Und, Miriam Schaub, mit der Planung wurde begonnen. Nur, am Tag nach der Abstimmung ist auf der Verwaltung nicht gleich die erste Reaktion, dass man Keller & Partner anruft und sagt, go for it! Vielleicht sagt Keller & Partner auch, okay ist gut, wir nehmen das an, wir schauen, wann wir Zeit haben. In der allgemeinen gegenwärtigen Auftragslage können es sich diverse Geschäfte rausnehmen, wie sie es gerne hätten. Dann kommt noch die ganze Corona-Situation hinzu. Dumm, dass ich das bemühen muss, es ist aber leider so. Es ist relativ schwierig, um verlässliche Zusagen zu erhalten. Das macht es nicht einfacher, um es transparent und klar verbindlich argumentieren zu können. Ich wäre der Erste, der Freude hätte, wenn er sagen könnte, am 10. beginnen wir, am 15. sind wir fertig. Das übersteigt einfach meine Kompetenz, dass ich das kann. Deshalb bin ich auch darauf angewiesen, dass uns solche Planungsinstrumente vorliegenden, und sie in einem Bericht an den Einwohnerrat gebracht werden können. Dem müssen wir ein Stück weit Glauben schenken. Ich kann nicht mit letzter Sicherheit beschwören, dass es genau so ist. Das könnt ihr alle hier übrigens auch nicht. So. Das reicht.

Niklaus Morat, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann, wir haben nun schon mehrfach gehört, es geht bereits sehr lang. Ist das Votum beendet? Gut, vielen Dank. Jetzt melden sich noch zwei Leute. Ueli Keller hat sich gemeldet, dann Etienne Winter.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich muss persönlich noch etwas sagen zum Votum von Henry Vogt. Ich fand, du hast mit dem Referendum gegen Tempo 30 gedroht, so ist mein Empfinden, damit wir nun eurem Antrag zustimmen. Das ist für mich der ausschlaggebende Grund, weshalb ich dem Antrag nicht zustimme.

Niklaus Morat, Präsident: Herr Keller, das war keine Drohung. Henry Vogt hat gesagt, er masst sich an, das vorauszusagen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich bin ein wenig erstaunt, wie es hier abgeht. Wir sind hier auch nicht auf einem Misthaufentreffen, wenn wir von einem Dorf sprechen. Ich finde immer, der Gemeinderat hat sich auf die Fahne geschrieben, dass wir eine Stadt sind, soll man sich doch auch dazu bekennen. Ich finde es gerade etwas mühsam, wenn man merkt, wie viele Emotionen in diesem Thema geladen sind. Wer meint, wir schaffen es, diese zwei Geschäfte bei Zeiten durchzubekommen, finde ich ein wenig schwierig. Ja, laufender Prozess. Ich finde es ein wenig schwierig, wir wissen nicht, wir können nicht, wir wollen nicht. Ja, am ersten Tag arbeitet die Verwaltung auch nicht, ich glaube, die Verwaltung arbeitet gut. Wir sind verantwortlich. Willkommen in der Exekutiven. Ja, wir haben gewisse Anforderungen. FEB-Reglement kennen wir nicht, Schulraumplanung haben wir nicht, Immobilienstrategie haben wir nicht. Ich frage mich generell, wo Allschwil ist, wo der Gemeinderat seine Verantwortung wahrnimmt. Ich würde mir nie anmassen, Mehmet, mich zu fragen, wenn der Gemeinderat uns etwas unterbreiten möchte. Schaffen sie sowieso nicht. Also bitte, kommt lieber zurück zum Punkt. Wir haben einen Volksentscheid, der wird anders ausgelegt, man will ihn verknüpfen, gewisse wollen es nicht, lasst uns darüber abstimmen. Und einfach noch sagen, ja, wir haben aus Goodwill einen Zwischenbericht. Da muss ich auch sagen, eigentlich sollten wir zusammenarbeiten. Aber es sind genau diese Voten, die dann wieder zum Grabe führen. Du merkst, es sind relativ viele Emotionen im Raum. Ich glaube, wir haben unsere Sachlage auseinandergenommen. Ich würde jetzt gerne zur Abstimmung kommen. Aber bitte, wir sind ein Parlament und sollten uns auch parlamentswürdig verhalten. Merci.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, wenn es keine weiteren Voten gibt, ist die Rednerliste erschöpft. Nun ist es so, dass wir zwei Anträge haben. Deshalb muss ich den Rat anfragen: Ist eine abschnittsweise Beratung des Berichts erwünscht? Das ist nicht der Fall. Schreiten wir also zu den Anträgen.

Der erste Antrag ist der, wie ihn der Gemeinderat in seinem Zwischenbericht gestellt hat. Dieser lautet:

1. Der Einwohnerrat nimmt den vorliegenden Zwischenbericht, Geschäft 4500C, inkl. Zeit- und Umsetzungsplan zur Kenntnis.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit der Karte zeigen.

://:

Dem Antrag wurde zugestimmt mit 29 Ja, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung.

Wir kommen zum zweiten Antrag, der folgendermassen lautet:

Der Gemeinderat führt das von der Stimmbevölkerung angenommene Parkraumreglement bis zum Herbst 2022, unabhängig des Geschäfts Tempo 30, ein.

Wer dem zustimmen möchte, soll es jetzt mit der Karte zeigen.

://:

Sie haben diesem Antrag mit 19 Ja, 12 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

Kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer dieses Geschäft 4500 C als Ganzes abschliessen möchte, zeigt das bitte mit Karte.

://:

Das sind 31 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. Besten Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Nun ist es 19.35 Uhr. Wir machen nun eine Pause bis 19.50 Uhr. Wir hätten noch ein paar Geschäfte zu erledigen.

PAUSE

Niklaus Morat, Präsident: Bitte Platz nehmen, dann können wir weitermachen. Entschuldigung, dass ich so zur Eile dränge, aber wir haben noch ein paar Dinge auf der Traktandenliste. Jetzt geht es allerdings zuerst mit dem Info-Fenster des Gemeinderates weiter, anschliessend mit der Fragestunde. Bei der Fragestunde bitte ich die, welche ihre Frage schriftlich eingereicht haben, die Frage wegen des Protokolls trotzdem noch einmal zu stellen. Zuerst zum Info-Fenster. Darf ich jemandem vom Gemeinderat das Wort geben?

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, wenn niemand anders möchte. Geschätzte Einwohnerräte. Ich möchte nur kurz informieren, das wurde bereits in den Medien erwähnt. Wir hatten ein Treffen mit dem AUE des Kantons Basel-Landschaft im Zusammenhang mit dem Roemisloch, wegen der Messungen, die wir dort gemacht haben. Es wurde festgestellt, dass man gemäss Kanton das Benzidin im Bach nicht nachweisen konnte. Nichtsdestotrotz ist das für uns natürlich nicht gerade die alles befreiende Botschaft. Wir sind sehr froh, konnte man das nicht, das ist ganz klar. Nur ist der Gemeinderat Allschwil weiterhin dezidiert der Meinung, aufgrund einer einzigen Messung ist das einfach ein vorliegender Befund, weshalb wir nun nicht einfach die Flinte ins Korn werfen oder locker werden und sagen, ist ja gut, in dem Fall haben wir alles gesehen. Die positive Nachricht ist, es wurde im Bach nicht nachgewiesen, wir hatten keine Gefährdung. Die schlechte Nachricht ist, es läuft weiterhin beim

Roemisloch aus. Deshalb werden wir weiterhin ein Bestreben an den Tag legen, damit wir die Messungen zusammen mit dem Kanton intensivieren können. Die Gemeinde Allschwil wird ein Monitoring vornehmen, Mühlebach weiterhin, und wir werden auch Messungen vor Ort machen können. Wir bleiben am Ball. Als nächstes ist ein Treffen mit der GI DRB. Das sind die Interessenvertreter der Chemie. Auch dort werden wir wieder zusammensitzen und werden uns ihre Resultate anhören. Ich hoffe, sie kommen dieses Mal nicht wieder mit leeren Händen zum Sagen, wie sie dieses Problem bewältigen wollen. Das sind so die nächsten Schritte, die in dieser Angelegenheit geschehen werden. Wir werden dranbleiben. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Herzlichen Dank. Darf ich sonst noch jemandem aus dem Gemeinderat das Wort erteilen? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Fragestunde. Bitte meldet euch beim Vizepräsidenten.

FRAGESTUNDE

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben im September auch noch über das kantonale Integrationsprogramm abgestimmt. Dazu möchte ich den Gemeinderat fragen, welche Angebote er bezüglich Früh- und allgemeiner Sprachförderung anbietet, und insbesondere welche Zielgruppen Migranten aber auch Schweizer aus anderen Sprachregionen und auch Asylbewerbende dabei in den Fokus setzt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Dazu kann ich sagen, dass wir unter dem Dach des Staatssekretariats für Migration spezifische Integrationsmassnahmen schon seit anfangs 2014 praktizieren. Diese Mitwirkung und Weiterführung wurden letztlich gerade noch einmal vom kantonalen Parlament mit 1,5 Mio. Franken alimentiert. Dazu steuert der Bund auch noch 1,5 Mio. Franken pro Jahr bei. Dadurch kann man mit diesem Integrationsprogramm wirklich auf diesen Eckpfeilern Information und Beratung, Bildung und Arbeit und auch Verständigung und gesellschaftliche Integration wirklich konkrete Massnahmen umsetzen. Das eine Ziel, das man hat, ist, die angemessene Sprachkenntnis der Migrantinnen und Migranten auszubauen. Das zweite Ziel ist, dass man Qualitätsstandards sicherstellen möchte, damit die erlernten Sprachen auch im Alltag umgesetzt werden können. Es ist so, dass wir im Kanton Basel-Landschaft mit diesen Geldern vorwiegend Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten finanzieren. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKS) macht das nicht selbst, nein, sie arbeitet mit Anbieter zusammen, die solche Kurse anbieten. Diese Unterstützung basiert dann auf der Subjektfinanzierung. Sie wird also den Leuten ausbezahlt. Im Bereich der Förderung gibt es zurzeit eben noch eine Gesetzesvorlage, die nun im Kanton Basel-Landschaft zusätzlich ausgearbeitet wird. Dies werden wir wahrscheinlich in Kürze vernehmen, ob wir dann auch für die ganz jungen Leute, eben für diese Frühförderung, noch etwas werden ausbauen können. Denn heute richten sich diese Sprachkurse vor allem an Erwachsene. Auf der Gemeindeebene ist es so, dass ja bereits zwei Postulate, die in diese Richtung gingen, eines 2014 und eines 2016, abgelehnt wurden. Deswegen liegt in Allschwil noch nichts Entsprechendes vor. Ich kann Ihnen aber drei Projekte nennen, die in der Kompetenz des Gemeinderats bereits unterstützt werden. Nämlich: Ein Projekt namens «Salute», dabei sind Freiwillige im Einsatz zur Unterstützung von Flüchtlingen im Alltag. Dann haben wir das Projekt «Mitten unter uns», hierbei verbringen Kinder und Mütter mit Kleinkindern gemeinsam mit einem freiwilligen Gotti oder Götti regelmässig Zeit. Das dritte ist, dass wir einen Sprach- und Begegnungstreff installieren möchten, welcher der Vernetzung der Menschen mit Migrationshintergrund dienen soll. Mit diesen drei Massnahmen zeigen wir, dass auch die Gemeinde Allschwil in ihren Kompetenzen vorwärts macht.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe zwei Fragen zum Lindenplatz. Ich habe sie dem Gemeinderat bereits schriftlich unterbreitet und halte es jetzt ganz kurz. Was hat die Nachbefragung zur Abstimmung der Gemeinde Allschwil gekostet? Was macht der Gemeinderat mit den Ergebnissen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, sehr verehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich kann die erste Frage ganz kurz beantworten. Nämlich die Frage nach den Kosten. Die ganze Umfrage-, Nachbefragungsanalyse kostete 44'100 Franken zuzüglich MWST. Vielen Dank.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann dazu als Antwort noch ergänzen, dass wir eben beim Lindenplatz, wie ich es auch schon in der BZ ausführen durfte, natürlich die Umfrage haben. Die Auswertung hat ja nicht ergeben, was wir nun am Lindenplatz tun können. Nein, sondern sie zeigte die Kontroverse zwischen den Massnahmen, die man ergreift, und den Kosten, die entstehen, auf. Was ich auch in dieser Zeitung erklären konnte, als mich Herr Ecklin befragte, ist, dass wir dieses Jahr ein Partizipationsverfahren starten, bei dem wir weitere Bevölkerungskreise einbeziehen, darin ist natürlich auch Lindengrün integriert. Dies kann ich an dieser Stelle beantworten, auch Sie werden selbstverständlich dazu eingeladen. Sobald wir können, falls es die Restriktionen erlauben, würden wir diesen Prozess starten, schauen, was es wirklich benötigt, versuchen, das auf ein Minimum einzudampfen auf dem Lindenplatz. Wenn wir dann einen vernünftigen Vorschlag haben, kommen wir wieder in den Einwohnerrat, damit Sie dann beschliessen können, ob wir das dann so umsetzen dürfen oder nicht.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine Nachfrage zur ersten Frage, dann kommt meine zweite zum Lindenplatz, wenn ich die dann gleich anschliessen darf. 44'000 Franken kostete diese Befragung. Ich weiss nicht, ob ich wirklich Bescheid weiss, aber ich meinte, damit ist die Kompetenzsumme des Gemeinderats eindeutig überschritten. Wie begründet der Gemeinderat, falls das der Fall ist, diese Überschreitung?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann vielleicht soviel sagen, geschätzter Ueli, ich meinte, mich richtig zu erinnern, dass es ein Vorstoss des Einwohnerrats war, der dem Gemeinderat mitgeteilt hatte, wir sollen eine Nachbefragungsanalyse durchführen. Die haben wir durchgeführt, und die Kosten sind die, welche ich zuvor genannt habe.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Okay, danke für diese Auskunft. Meine zweite Frage zum Lindenplatz betrifft die Toilette. Das ist etwas, was schon lange fehlt. Eigentlich hätte es eine beim Kiosk, der aber nicht mehr in Betrieb ist. Also das nun ist eine Idee, die durch Anwohner an mich herangetragen wurde. Was meint der Gemeinderat zur Idee, sie als Übergangslösung zu reaktivieren?

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Geschätzte Damen und Herren. Die Frage zur Toilette ist nicht so klar, dass wir das gleich als Zwischennutzung gestatten würden. Wir möchten eben genau zuerst den Partizipationsprozess starten und schauen, ist diese Toilette nun wirklich ein Kernpunkt dieser Wünsche. Dann möchten wir dem Einwohnerrat das Gesamtpaket unterbreiten und nicht schon einzelne Elemente umsetzen. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden. Ich habe nach einer Zwischenlösung gefragt. Wenn dann nachher keine Toilette nötig sein sollte, dann ist einfach diese Zwischenlösung beendet. Ich selbst ging schon in Restaurants fragen, ob sie als Übergangslösung Publikum ohne Konsumation zulassen würden. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Aber es ist wirklich dringlich, dass es eine Lösung gibt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank. Sie können sich aber gewiss sein, dass wenn sich dieser Partizipationsprozess aus anderen Gründen in die Länge ziehen würde, würde ich selbstverständlich gerne über Zwischennutzungen sprechen. Aber wenn wir jetzt bereits zeitnah mit dieser Partizipation beginnen, wäre es schlecht, wenn wir Dinge bereits umsetzen würden. Deshalb bitte ich um ein wenig Geduld.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Kinderspielplätze werden von Eltern, Grosseltern, von Spielgruppen besucht, benutzt und auch bewertet im Blick auf Kinder. Das Bettenacker wollten wir mal nichts machen. Wir haben es hier gehört, das bleibt eine Brache, damit der Investor darauf keine Hindernisse hat. Heute haben wir dort einen Spielplatz. Es ist der Spielplatz für die Eltern, Grosseltern. Die Spielgeräte sind nah beieinander, man kann mehrere Kinder beaufsichtigen. Es ist nicht gefährlich, und vor allem, es hat eine Babyschaukel. Wegmattenpark ist sehr weiträumig. Die Spielgeräte sind weit auseinander verteilt. Es ist dort für eine Person eher schwierig, zwei, drei Kinder zu beaufsichtigen und sie auch zu den Spielgeräten zu bringen. Frage a) Die sehr geschätzte Rutschbahn, die am Bord bei der Bachbummel wurde leider gestohlen. Gibt es, geschätzter Gemeinderat, eine Gelegenheit, diese wieder zu finden und dort hinzusetzen. Das ist eines der Geräte, das von allen sehr geschätzt wurde. Wir wissen von der Pädagogik her, die Bewegung ist sehr viel: raufspringen, runterrutschen, raufspringen, runterrutschen. Kann man das zeitnah wieder hinbekommen? Am anderen Eck der Wegmatte hat es Schaukeln, gegenüber der Gemeindeverwaltung. Für die ganz Kleinen, die man aus dem Kinderwagen nimmt, gibt es dort nichts. Sieht der Gemeinderat eine einfache Möglichkeit, dort auch

eine Babyschaukel anzubringen? Da werden schon die ganz Kleinen von uns mit Blick auf die Gemeindeverwaltung merken, was es heisst, verschaukelt zu werden.

Gehen wir schnell zum Lindenplatz, halt noch einmal: Auch dort gibt es gar kein Gerät für die ganz Kleinen. Ich weiss, dort vorne weht der Wind etwas anders als sonst in Allschwil. Aber kann man dort mit ganz wenigen Mitteln vielleicht auch eine Babyschaukel anbringen? Auch dort, damit die ganz Kleinen merken, dass da vorne der Wind manchmal anders weht. Danke vielmal.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Lieber Jean-Jacques, ich gebe dir gerne im Namen des Gemeinderats ein paar Auskünfte. Es freut uns natürlich sehr, dass der Bettenackerplatz geschätzt wird, dass er auch entsprechende Sachen für die Kleinsten aufweist. Es ist aber so, dass nicht jeder Platz alles hat. So ist es eben beim Wegmattenpark, wie gesagt wurde, ist er anders konzipiert. Es ist nicht alles aufeinander, sondern es wurde eine Dezentralisierung im Gestaltungskonzept, in dem der Wegmattenpark entstand, als Schwerpunkt festgelegt. Nun, was mit der Rutschbahn ist. Der vierte Platz, der nicht genannt wurde, unser berühmter Trämli- oder Dürrenmatt-Spielplatz, der hat zwei Rutschbahnen, ist einen Steinwurf oder vielleicht zwei Minuten mehr entfernt. Dort kann man relativ oft eine freie Rutschbahn finden, weil eben zwei davon vorhanden sind. Was wir zu den Babyschaukeln sagen können: Wir haben auf dem Wegmattenpark drei Schaukeln. Dort kann man sicher, wenn das der Bedarf ist, eine erweitert nutzen und auch eine Babyschaukel anbringen. Wir kommen bei einem anderen Traktandum noch dazu, falls die Zeit reicht, zum Pumptrack. Das lasse ich jetzt aus, weil wir bei den Babyschaukeln sind. Aber auch dort sieht man, der Wegmattenpark hat auch seine Sachen, die für diese oder jene Generation spannend ist.

Zum Lindenplatz, dazu muss ich nicht lang sprechen. Der Charakter des Lindenplatzes liegt halt noch in der Brache. Mein Kollege Robert Vogt hat es erwähnt. Es kommen nun Einzelwünsche, Einzelanträge. Das gibt ja dann ein Flickenteppich. Wir haben jetzt wirklich im Sinn, nachdem wir es ja schon bei der Frage zuvor gehört haben, dass der Lindenplatz ein Thema wird, dass wir hier etwas Gemeinsames entstehen lassen. Deshalb warten wir noch auf die nächste Planungsphase. Denn sonst kommt die nächste Gruppierung und sagt, wir hätten hier gerne einen Blumentopf, weil sie auch den Anspruch haben, dass sie entsprechend gehört werden und dass man das umsetzt. Beim Lindenplatz ist vorerst noch nichts zu sehen. D.h. aber nicht, dass es in Kürze, bzw. wenn dann der Charakter des Lindenplatzes näher definiert wird, dass dort etwas getan wird. Wir freuen uns, wenn die Eltern, Grosseltern und die Kleinkinder gemeinsam auf den Platz gehen. Aber, wie ihr wisst, in und für Allschwil offene Begegnungsorte müssen für viele hinhalten. Somit haben wir keinen Einheitsbrei, wir haben nicht überall Schaukeln, wir haben nicht überall Rutschbahnen, sondern wir haben das an unterschiedlichen Orten. Ich glaube, innerhalb dieses Perimeters kann man das finden, was man sucht. Aber danke schön für den Hinweis. Wir werden versuchen, auf der Wegmatte eine Schaukel zu ergänzen.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe noch die zweite Frage schriftlich eingegeben, und zwar zum Thema Begegnungszone. Es ist nun der Perimeter Lettenweg geplant. Zieht aber der Gemeinderat auch noch an anderen Standorten die Einführung einer Begegnungszone in Betracht und / oder sind Anfragen von Einwohner*innen bezüglich Einrichtung von Begegnungszonen eingegangen? Wenn ja, wo?

Franz Vogt, Gemeinderat: Angedacht ist noch im Schützenweg und der Lettenweg, wie ihr hier wisst. Weiteres ist meines Wissens nicht angedacht. Sicher wäre es auch an anderen Orten denkbar. Aber im Moment ist ansonsten nichts angedacht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Dieser Unterton. Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Ich komme noch schnell auf etwas zu sprechen, und zwar hat der Kantonsarzt Basel-Landschaft verfügt, dass nach den Weihnachtsferien ein stufenweises Zurückkommen in die Schule stattfindet. In Allschwil ist dementsprechend wieder offen, weil sie erst wieder am Freitag vom Fernunterricht erlöst wurden. Das Ziel dieser Massnahme war eigentlich, dass man die Ansteckungskette unterbrechen würde. Meine Frage diesbezüglich war auch: Wir haben diverse Elternteile, die ihre Kinder schul- und fremdbetreuen, Stichwort FEB-Reglement. Dabei war natürlich die Idee, dass man die Kinder zu Hause lässt. Wenn man sie dann in die Kita schickt, ist es relativ schwierig, die Infektionskette, eigentlich die grundlegende Massnahme zu erwirken. Wie hat der Gemeinderat aufgrund der Ankündigung dieser Massnahme des Kantonsarztes gewirkt, hat der Gemeinderat etwas unternommen, Stichwort Subventionswesen z.B., und auf welcher Basis des FEB-Reglements erfolgten die Gemeinderatshandlungen?

Und gleich das Stichwort, das ist Frage 2, FEB-Reglement. Ich war zuvor etwas emotional. Ich würde doch gerne noch schnell fragen, was ist das aktuelle Update des politischen Prozesses dieses FEB-Reglements. Wo steht es gerade, in welchen Gegebenheiten?

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Vielen Dank für diese Frage. Betreffend die Anfrage zu den Subventionen: Diese Regelung ist unverändert wie letztes Jahr. D.h. die angeordnete Isolation oder auch Quarantäne wird analog zu einem Krankheitsfall behandelt. Somit subventioniert. Dies wurde bereits den KITAS am 16. Dezember kommuniziert, also am Tag nachdem am 15. Dezember der kantonsärztliche Entscheid gefallen ist, dass die erste Schulwoche im Fernunterricht stattfinden wird. Zur zweiten Frage, auch dafür vielen, lieben Dank. Denn es freut mich nämlich, dass ich Ihnen heute damit auch die Gelegenheit geben kann, sich über den neuesten Stand betreffend FEB-Reglement zu informieren. Das FEB-Reglement liegt in einem ersten Entwurf vor und wird demnächst im Gemeinderat beraten. Im Anschluss wird es eine Vernehmlassung mit den KITAS geben, bevor dann der Gemeinderat die definitive Version zu Händen des Einwohnerrats genehmigen wird. Wenn alles planmässig läuft, könnte das neue FEB-Reglement noch in diesem Jahr von Ihnen, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, beschlossen werden. Vielen Dank.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Auch ich habe gleich noch eine Frage, ich will der Sache von Etienne Winter gleich anknüpfen. Es geht um die Corona-Hilfspakete. Wie wir wissen, mussten viele Eltern in den letzten drei, vier Monaten frei nehmen, aufgrund der Corona-Massnahmen, Quarantäne von sich selber oder ihrer Kinder. Wenn ein Elternteil selbst betroffen ist, ist es klar, es ist krankheitsbedingt. Wenn Kinder betroffen sind, aufgrund von Zwangsmassnahmen der ganzen Institution, ob Kita, Spielgruppe oder auch Schule, sprich wenn Fernunterricht stattfindet, müssen Eltern frei nehmen, weil der Arbeitgeber nicht mehr kulant ist, einfach Ferien gutzuschreiben. Nun wissen wir aber auch, Eltern, bzw. Erwachsene haben vier, fünf Wochen Ferien zu gut, sprich zwei Wochen aufeinanderfolgend. Nun ist meine Frage – ich habe zwei Fragen an dieser Stelle – einerseits betrifft es Corona-Hilfspaket. Ich weiss, es ist eine heikle Frage, und ich will auch nichts lostreten. Können Eltern, die Ferien anrechnen lassen müssen oder mussten, damit sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder pflegen konnten, aus diesem Hilfspaket in Anspruch nehmen? Wohlbemerkt, sie könnten beweisen, dass sie eine Einbusse hatten. Andererseits würde ich dieselbe Frage an die Gemeinde stellen. Wie geht die Gemeinde als Arbeitgeberin damit um? Gibt man den Angestellten frei, wenn sie ihre Kinder betreuen müssen, oder weil sie zu Hause bleiben müssen, weil Kinder zwangsweise zu Hause bleiben müssen? Danke schön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich versuche, resp. ich kann nur soviel sagen, wir müssen die Frage mitnehmen, vor allem die zweite Frage. Die kann ich auswendig so nicht beantworten. Ich meinte aber, dass erst kürzlich ein Bundesgesetz in Kraft getreten ist, das diese Situation regelt. Aber ich bin nicht mehr sicher. Ich nehme sie mit.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Das ist die Letzte, Entschuldigung. Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bezüglich Roemisloch hat der Kanton selbst Tests durchgeführt und konnten leider nicht bestätigen, was Allschwil attestiert hatte, dass Grenzwertüberschreitungen vorliegen. Das wurde öffentlich kundgetan. Ich möchte vom Gemeinderat gerne wissen, wie reagiert er auf diese Analyse, auf den Entscheid des Kantonslabors? Die zweite Frage ist: Wie kann der Einwohnerrat den Gemeinderat unterstützen, damit es dort weiterhin vorwärts geht, und dass man eine Verbesserung, sei es Grenzwertüberschreitungen oder nicht, aber Verbesserung der Werte oder des Grundwassers, Flusswassers hinbekommt? Also zwei Fragen: Wie reagiert der Gemeinderat und wie kann der Einwohnerrat den Gemeinderat im Bestreben nach sauberem Wasser unterstützen?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Merci, Etienne, für diese Frage. Die Reaktion, ich habe gehofft, ich hätte das zuvor klar gesagt, aber scheinbar nicht. Das tut mir leid. Wir reagieren insofern, als dass wir diese Messung hinnehmen. Wir sind einerseits erleichtert, dass das Benzidin hier nicht nachgemessen wird, und somit die Gefährdung, die wir angenommen haben, tatsächlich nicht vorhanden war. Auf der anderen Seite, das haben wir ganz klar gegenüber dem Kanton kommuniziert, dass aufgrund einer einzigen Messung an einem Tag, dies einer Art Zufallsmessung gleichkommt, und wir daher bestrebt seien, den Kanton dazu zu bringen, dass er seine Messungen intensivieren würde. Dieser Vorschlag machte ich Herrn Hagenthaler persönlich. Ob er darauf einsteigt und es das geben wird, werden wir in künftigen Treffen sehen. Persönlich wird es der Gemeinderat dahingehend unterstützen, dass er Bestrebungen weiterführen wird, wie ich bereits ausgeführt habe, selbst messen vor Ort im Roemisloch, also auf französischem

Boden, als auch ein Monitoring machen. Ich meine ganz sicher vier Mal pro Jahr an der Grenze, also im Mühlbach zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unter meteorologischen Einwirkungen messen. Wir werden auch versuchen, unsere eigenen Aktivitäten, d.h. die Messungen, die wir vornehmen, so gut es geht mit dem Kanton in Einklang zu bringen. Der Punkt ist halt der: Es ist nicht ganz einfach, die kantonalen Stellen sind auch nicht so dotiert, dass sie einfach Leute zur Verfügung stellen können, die schnell mal hüsch und hott kommen können. Eine solche Messung gemeinsam koordinieren zu können, benötigt ein wenig Spontanität und Goodwill seitens des Kantons, damit wir sagen können, wir haben bemerkt, es regnete drei Tage, heute gehen wir. Dann muss man auch noch etwas finden. Das ist auch nicht ganz klar, auch wenn es geregnet hat. So möchten wir gerne vorgehen, das ist unsere Reaktion darauf.

Wie der Einwohnerrat helfen kann? Ich habe mir diese Frage noch gar nie gestellt, da bin ich ganz ehrlich. Ich habe das nun einfach mal als Exekutiven-Aufgabe, dass wir in Verhandlungen treten, wahrgenommen. Aber ich nehme das auch gerne mit und versuche, mir mal Gedanken darüber zu machen, ob es eine Möglichkeit gibt, wie der Einwohnerrat hier konkret seinen Beitrag dazu leisten könnte, damit wir hier weiter vorankommen oder zumindest den Druck hoch halten könnten. Ideen sind willkommen. Ihr könnt mir gerne schreiben.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, herzlichen Dank für diese Fragen, herzlichen Dank für die Antworten. Wir fahren in der Traktandenliste weiter.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Dritter Zwischenbericht des Gemeinderates vom 5.1.2022, betreffend
Schulrat Primarstufe – Für das Wohl der Kinder
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4449C

Niklaus Morat, Präsident: Ich frage den Rat an: Ist Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit hat das Wort Gemeinderätin Silvia Stucki.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Bereits zum dritten Mal liegt Ihnen ein Zwischenbericht zum Geschäft Schulrat Primarstufe für das Wohl der Kinder, Geschäft Nr. 4449C, vor. Wie Sie dem Bericht entnehmen können, werden zurzeit die Schnittstellen und Verantwortlichkeiten im Bau- und Infrastrukturprozess auf strategischer Ebene erarbeitet. Das ist der dritte von vier Prozessen. Somit verläuft der GPK-Prozess inhaltlich noch immer nach Plan. Allerdings verzögert sich die Arbeit auf der zeitlichen Achse. Das ist den jeweils grossen Gremien geschuldet. D.h. bei einem Prozess, Schritt oder bei einer Sitzung eines Prozesses sind gut zehn Personen beteiligt. Die Terminfindung erweist sich als sehr grosse Herausforderung. Deshalb bitte ich Sie einmal mehr um Geduld. Doch ich versichere Ihnen, dass wir mit diesem Projekt noch immer auf Kurs sind. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Zwischenbericht des Gemeinderats zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Nun wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher angesprochen. Bitte melden Sie sich beim 1. Vizepräsidenten. Ich sehe keine Wortmeldungen. Allgemeine Rednerliste? Ich sehe noch immer keine Wortmeldungen. Dann schreiten wir zum **Antrag**.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der dritte Zwischenbericht des Gemeinderats zum Geschäft 4449 wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen möchte, bitte mit der gelben Karte zeigen.

://:

Sie haben diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wer dieses Geschäft 4449C als Ganzes abschliessen möchte, bitte mit der Karte zeigen.

://:

Auch das ist einstimmig. Herzlichen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 3.11.2021, zum Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 5.12.2017, betreffend Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4367 / A

Niklaus Morat, Präsident: Zuerst hat die antragstellende Person, Mark Aellen, das Wort.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin ausserordentlich erfreut, dass ich erleben darf, dass das Postulat umgesetzt wird. Ich möchte damit vielleicht auch ausdrücken, dass ich auch sehr geduldig bin. Denn am Schluss geht es ums Ziel, was wollen wir erreichen. Wir sind dazu offensichtlich derselben Meinung. Trotzdem würde ich anmerken, dass ich über den Bericht ein wenig frustriert bin, und zwar aus zwei Gründen. In den Erwägungen wird uns quasi erklärt, das ist vielleicht nur eine Missinterpretation meinerseits, dass der Gemeinderat trotzdem festhält. Also irgendwie so nach dem Motto, es hat nichts mit dem Einwohnerrat zu tun, es ist euer Entscheid, ob ihr es macht oder nicht. Das war nicht ganz im Sinne des Antragstellers. Ich glaube, die Frage war nicht, ob man es einführt, sondern eigentlich war klar, man führt es ein. Aber nichtsdestotrotz, ihr habt euch sehr gut ins Zeug gelegt, und die durchgeführte Planung ist gut, und die ersten unternommenen Schritte sind auch gut. Also ich bin ganz positiv, dass das im Sinn der Antragstellung ist, wobei nicht nur ich, sondern andere FIREKO-Mitglieder auch noch dabei waren, die es eine gute Sache fanden. Das ist die einzige kleine, bittere Note.

Die andere kleine, bittere Note ist, jetzt nun das: Im 2018 wurde es angenommen, im 2021 erhalten wir einen Bericht, und im 2023 werden wir dann erste Resultate sehen. Soviel zur Planung und schneller Durchführung. Ich würde es dem Gemeinderat nahelegen, dass man gewisse Dinge früher publiziert. Denn wir haben ein Risiko-Landschaftskarte schon jetzt. Es ist klar, man muss noch darüber nachdenken, wie man sie bewirtschaftet. Aber die Karte an sich liegt vor. Wenn man diese im nächsten Geschäftsbericht veröffentlichen könnte anstatt noch einmal ein Jahr zu warten, würde das auch uns als Einwohnerräte eine Möglichkeit geben, überlegen zu beginne, was wir nun mit dieser Karte machen, denn das haben noch nicht alle durchwegs überlegt, anstatt noch einmal ein Jahr zu warten, bis ihr dann auch noch die Bewirtschaftung geplant habt. Und das nimmt noch einmal ein Jahr. Ich möchte das nicht wegschieben. Es ist mir klar, es dauert ein Jahr, bis man weiss, wie man damit umgeht. Wenigstens eine gemeinsame Grundlage schaffen, da ist diese Karte, mit dieser beginnen wir nun zu arbeiten. Dann können wir uns überlegen, wie wir damit arbeiten, und ihr könnt euch überlegen, wie ihr damit arbeitet. Das sind diese kleinen zwei Punkte. Ansonsten bin ich effektiv echt zufrieden mit dem, was ausgeführt worden ist. Danke schön.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Es ist natürlich für den Gemeinderat immer höchst erfreulich, wenn ein Einwohnerratsmitglied sagt, er sei höchst erfreut. Deshalb sage ich, ich denke, wir beide arbeiteten an derselben Zielrichtung. Wir haben gesehen, jawohl, ein solches Risikomanagement braucht es. Wir haben es an die Hand genommen. Ja, ich gebe dir recht, Mark, nicht ganz so schnell, wie du dir das gewünscht hattest, aber vielleicht auch nicht ganz so schnell, wie das sich der Gemeinderat gewünscht hatte. Die Zeit läuft manchmal einfach ziemlich schnell. Wichtig ist aus meiner Sicht ganz klar, wir haben es getan. Wir haben aufgezeigt, wie wir auch vorgehen wollen. Ich nehme gerne mit, dass wir, falls wir im nächsten Geschäftsbericht bereits soweit sein werden, mal etwas in den Geschäftsbericht schreiben, damit ihr seht, wie wir die Überwachung und Berichterstattung vornehmen wollen, dann werden wir das sicherlich tun. Wenn nicht, darfst du mir auch nicht böse sein, dann machen wir es wie geplant - Planung, wir haben heute schon ein paar Mal diskutiert, was das heisst – ab 2023. Vielen Dank.

Niklaus Morat, Präsident: Besten Dank. Nun wären die Fraktionssprecherinnen und -sprecher gefragt. Bitte melden Sie sich beim 1. Vizepräsidenten. Ich sehe keine Wortmeldung. Dann wäre die Rednerliste eröffnet. Auch hier sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zum **Antrag**.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, betreffend Risikomanagement in der Gemeinde, Geschäft 4367A wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen kann, soll das mit der gelben Karte zeigen.

://:

Das ist einstimmig. Besten Dank.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft 4367A. Wer das ganze Geschäft abschliessen möchte, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Auch dieser Entscheid ist einstimmig. Besten Dank.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 15.12.2021, zur Motion von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 13.5.2020, betreffend Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg im Bereich des Schulraumperimeters
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4519 / A

Niklaus Morat, Präsident: Die Rednerreihenfolge: zuerst die antragstellende Person, Etienne Winter. Bevor er nun das Wort erhält, möchte ich auch hier sagen, hierzu ging ebenfalls ein Sachantrag der FDP ein. Den kann man dann in der allgemeinen Beratung besprechen und abgestimmt wird dann erst wieder bei den Anträgen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Normal ist eigentlich Usus, dass der Gemeinderat seinen Bericht vorstellt. Ich frage schnell an, ob das erwünscht ist. Dann würde ich doch gerne dem Gemeinderat das Wort überlassen, zuerst seine Ausführungen vorzutragen.

Niklaus Morat, Präsident: Also die Rednerreihenfolge ist im Geschäftsreglement festgelegt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wie gesagt, ich verzichte auf mein Votum.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Ich komme solchen Wünschen selbstverständlich gerne nach. Gegenstand ist das Geschäft 4519, Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg im Bereich des Schulraumperimeters. Die Motion wurde am 13. Mai 2020 von Etienne Winter eingereicht. Am 9. Dezember 2020 wurde die Motion zur Beantwortung an den Gemeinderat überwiesen. In der Motion wurde ausgeführt, dass sich zwischen einzelnen Schulhäusern täglich mehrere hundert Schüler bewegen. Die haben sich nach geltendem Recht dazu einzig und alleine auf dem Trottoir zu bewegen, was aber nur schwer möglich ist. Es gibt schlichtweg zu viele Schüler, die in kurzer Zeit und mit zu wenig Platz pendeln müssen. Die Einführung einer Begegnungszone sei daher der einzig richtige Weg, dass sich die Schüler auch legal auf der gesamten Verkehrsfläche bewegen können, dort, wo sie sie auch benötigen. Hinzu kommt die leidige Situation mit den Elterntaxis. Es geht dabei aber nicht um ein Ausspielen von Trennschärfen zwischen Politik und Sicherheit, sondern es sind allumfassend alle Facetten des Phänomens Elterntaxi, welche schlichtweg störend sind und nicht gefördert werden sollen. Mit grossem Mehr hat sich der Einwohnerrat am 9. Dezember zur Umsetzung einer Begegnungszone bekannt. Somit wurden im letzten Jahr die notwendigen Messungen durchgeführt. Das Ingenieurbüro Glaser Saxer Keller AG erhielt im September 2021 den Auftrag, das nötige Gutachten für die entsprechenden Massnahmen in einem Plan zu erarbeiten. Details dazu liegen Ihnen entsprechend vor. Die Kosten werden nach Abschluss der Umsetzungsplanung, diese sollte anfangs dieses Jahres beginnen, ins

ordentliche Budget des Jahres 2023 aufgenommen. Eine erste grobe Kostenschätzung mit 25%iger Unschärfe geht von 30'000 Franken aus. Die Umsetzungen folgen nach Genehmigung durch die kantonale Sicherheitsdirektion und danach erfolgt die Publikation der verkehrspolizeilichen Anordnung im Jahr 2023. Dabei wird von einer Arbeitszeit von rund einem Monat ausgegangen. Sinnvollerweise wird das in den Sommerferien geschehen. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, die vorliegende Motion als erledigt abzuschreiben. Danke schön.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Besten Dank für diese Ausführungen. Ich kann mich, resp. im Namen der SP-Fraktion danke ich für diese friedensstiftende Beantwortung und Erfüllung der Motion. Wir haben den entsprechend Bericht vorliegen. Es gibt wohl kaum eine andere Strasse in Allschwil, welche eigentlich prädestiniert ist, um dort genau diese zwei Thematiken in den Griff zu bekommen. Die Elterntaxis, über die immer heiss diskutiert wird und gefragt wird, wie man das angehen könnte, sowie die Frequenzen von Schülerinnen und Schüler über diesen kurzen, kleinen Perimeter oder eben über den ganzen Strassenraum. Die SP-Fraktion unterstützt dieses Vorgehen und dankt dem Gemeinderat und euch allen, ich glaube, es wurde ja unbestritten überwiesen, für diesen Bericht und die Umsetzung. Merci vielmals.

Niklaus Morat, Präsident: Somit wären nun die Fraktionssprecherinnen und -sprecher gefragt, meldet euch bitte beim 1. Vizepräsidenten.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die FDP-Fraktion kann sich der SP-Fraktion anschliessen. Auch wir danken für diesen ausgearbeiteten Bericht. Wir sind grundsätzlich mit den Ergebnissen aus dem Bericht einverstanden. Als wir den Plan gemeinsam angeschaut haben, haben wir für uns die Erkenntnis gewonnen, dass die Problematik mit den Elterntaxis wahrscheinlich verlagert werden könnte. Und zwar an den Rand dieser Begegnungszone, am Anfang vom Lettenweg, Seite Gartenstrasse. Wie wir alle wissen, wurde das Gartenstrasse-Schulhaus wieder in Betrieb genommen. Der Pausenplatz liegt genau an diesem Eck, auf dem nachher die neue Abladezone für die Elterntaxis entstehen könnte. Deshalb stellten wir den Sachantrag, den Gemeinderat zu beauftragen, den Betrachtungsperimeter zusätzlich um das Teilstück Gartenstrasse, vom Schulhaus bis zur Binneringerstrasse, zu erweitern, so dass auch auf dieser Fläche eine Begegnungszone eingeführt werden kann. Weshalb nicht die ganze Gartenstrasse? Die Gartenstrasse liegt in der Mitte, genau auf der Höhe des Gartenstrasse-Schulhauses getrennt, sie ist keine durchgehende Strasse. Die Zufahrt von der anderen Seite her, ist eher unattraktiv, weil man dort wieder wenden muss. Wir erachten die Wahrscheinlichkeit als kleiner, dass von dort zugefahren wird. Deshalb möchten wir den Antrag stellen, dass der Gemeinderat, wie schon erwähnt, den Betrachtungsperimeter erweitert und das Teilstück Gartenstrasse bis Binneringerstrasse in den Betrachtungsperimeter aufnimmt und dort eine Begegnungszone einführt. Danke für die Unterstützung.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wenn es keine Fraktionsmitteilungen mehr gibt, erlaube ich mir noch eine Frage im Zusammenhang mit den Elterntaxis. Ich hatte ja mal vor ungefähr zwei oder drei Jahren dem Gemeinderat Tipps gegeben von Projekten, die andere Gemeinden zusammen mit der Bevölkerung zu diesem Thema konstruktiv machten. Hat sich daraus etwas ergeben?

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmal. Wir von der Mitte nehmen diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis und beantragen auch, dass man die Motion als erledigt abschreibt. Was diesen Sachantrag oder Zusatzantrag betrifft, haben wir das ziemlich ausgiebig besprochen und haben auch dafür und dagegen gesehen. Wir können an und für sich das Argument der Antragsteller nachvollziehen, möchten aber auch zu bedenken geben, dass es an der Gartenstrasse nicht nur die Schulhäuser gibt, sondern auch diverse KMU-Betriebe. Ob es für diese sinnvoll ist, wenn man sie in eine Begegnungszone einbettet, stellen wir doch eher in Frage. Wir sind daher mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass wir den Zusatzantrag ablehnen sollten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Die SP-Fraktion war sich darüber auch nicht ganz einig, im Sinne von der Thematik her. Uns wurde hier einmal versprochen, dass das Schulhaus geschlossen wird. Das war ein Beschluss. Nun ist es wieder geöffnet. Die Frage, die sich nun stellt, ich glaube, die Intuition, die Erweiterung dieses Perimeters, ist die Folge davon, ist: Wir haben da Schulraum, dieser Schulraum ist temporär. Gibt es dann auch eine temporäre Begegnungszone? Der Antrag war, um den Schulraumpereimeter herum sollten die Strassen aufgrund der Elterntaxis und der Frequentation durch Kinder eingebettet werden. Wenn man also genau sein muss, müssten wir im Grunde genommen den Perimeter trotzdem noch rund um das Gartenschulhaus schlagen. Denn ich glaube, dieses Eck an der

Turnerstrasse ist relativ beliebt. Dort hat es Parkplätze, es wird dort relativ spitz ums Eck gefahren. Es gibt effektiv Parkfläche, dort wird auch Suchverkehr betrieben. Ich selbst fahre dort täglich vorbei, es ist immer sehr spannend, da wird auf dem Schulhausplatz gewendet, diese Thematik haben wir auch gerade. Also wenn man dieser Intuition folgen möchte, müsste man den vollständigen Schulraumperimeter einbinden. Wir sind da eigentlich nicht generell dagegen. Wenn dann das Ganze, nicht nur ein Häppchen weiter, sondern den ganzen Perimeter. Dann stellt sich die Frage des Einwohnerrats an den Gemeinderat, wie die längerfristige Nutzung dieses Schulraums oder erst mal eine temporäre Wiedereröffnung des Gartenstrasse-Schulhauses aussieht. Ist das jetzt einfach so, wie sieht es aus, was sagt uns die Schulraumplanung, wird es wieder geschlossen, lohnt sich dieser Sachantrag? Können wir dazu vom Gemeinderat noch mehr Informationen bekommen, wie es mit dem Schulhaus Gartenstrasse weitergeht?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich versuche mal, dazu Stellung zu nehmen, was alles mit diesem Sachantrag zusammenhängt. Ich hoffe, das wird nicht so komplex wie beim vorherigen Sachantrag. Der Einwohnerrat muss sich einfach bewusst sein, man kann nicht einfach so schnell einen Sachantrag stellen, und schon machen wir dann und beginnen das ganze Prozedere von vorne. Ich versuchte zuvor, es schon anzudeuten, es handelt sich um verkehrspolizeiliche Anordnungen. Das sind Massnahmen, die stets einzeln geprüft werden müssen. Wenn ihr diesen Sachantrag stellt, dann dauert es einfach eine Runde länger, bis wir das Ganze wieder zurückerhalten. Man könnte das aber theoretisch schon tun, so ist es nicht. Es gibt einfach Folgendes zu bedenken, was hier bereits genannt wurde: Einerseits, wenn wir nur das südliche Eck der Gartenstrasse reinnehmen würden, dann verlagert sich das Problem wahrscheinlich an das nächste Eck. Dieser befindet sich dann einfach im nördlichen Teil Turnerstrasse oder im nördlichen bzw. nordöstlichen Teil der Gartenstrasse. Ob damit der eigentlichen Motion geholfen ist, die es nur innerhalb des Schulraumperimeters vorsieht, wage ich einfach mal zu bezweifeln. Das müsste man sich einfach mal vor Augen führen. Deshalb hätte ich persönlich gesagt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn wir nun den Sachantrag so erweitern würden. Es verzögert hinzukommend sowieso das Projekt, das haben wir zuvor gesehen, wie das mit Planungen ist. Ich sehe eigentlich den grossen Nutzen von dieser Erweiterung nicht, zumal eben die Verlagerung der Zone noch eine Stufe und noch eine Stufe weitergezogen wird. Deshalb möchte ich beliebt machen, diesem Sachantrag nicht stattzugeben.

Da war noch die Frage von Ueli Keller, betreffend die konstruktiven Lösungen mit Tipps. Es ist so schlussendlich, am Ende des Tages gibt es einfach keine rechtlichen Komponenten, mit denen man die Leute dazu verpflichten kann. Man kann zehn Mal sensibilisieren und tun, die Polizisten sind unterwegs und sprechen mit diesen Leuten. Man versucht, sie davon wegzubringen. Jene, die es nicht interessiert, interessiert es nicht, und die erreicht man nicht. Irgendwo muss man einfach sagen, der Aufwand dafür ist zu gross. Wir haben nun eine Massnahmenkette gewählt, die heisst «Begegnungszone». Damit erreichen wir das, wofür wir ein vernünftiges und rechtliches Instrument haben, und es eine erforderliche Berechtigung gibt, und was der Einwohnerrat aufgrund der Motion noch unterstützt. Wenn die Meinung ist, dass das der nötige Schutz bietet, so wie das der Gemeinderat übrigens auch meint. Ich denke, das ist nun mal das/unser Mittel, damit wir diesen Elterntaxis, soweit wir innerhalb dieses Perimeters können, überhaupt Herr werden können. Wir werden es leider nicht verbieten können, ich sehe keine rechtliche Grundlage, womit ich es verbieten kann. Wir versuchen es einfach weiterhin im Dialog, im konstruktiven Gespräch, in Aufklärung der Schule, der Lehrer zu Eltern, was uns möglich ist. Alles andere darüber hinaus, liegt nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderats.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir von der SVP-Fraktion finden, dass diese Begegnungszone absolut Sinn macht, so wie wir auch finden, dass der Sachantrag absolut Sinn macht. Im Moment haben wir dort hinten ja eine provisorische Turnhalle stehen. Wenn es uns recht ist, wird diese Turnhalle irgendwann einmal wegkommen. Dann kommen diese Ersatzschulhäuser oder Ersatzschulhaus hin, wobei der Lettenweg und Breite saniert werden sollten. Dies sagte vor ein paar Jahren der Kanton so aus. Dann haben wir in der Gartenstrasse ein weiteres, kleines Schulhaus, das heisst eigentlich haben wir die ganze Strasse als Schule. Dementsprechend macht es Sinn, dass man den Perimeter nach hinten erweitert. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Die allgemeine Rednerliste, bitte.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Entschuldigung, ich möchte es nicht verlängern, aber ich habe eine Frage gestellt. Und zwar: Wir haben wiederum Kaffeesatzlesen, jetzt haben wir es von provisorischer Turnhalle, wo der Perimeter eingezogen ist, wo nachher der Kanton vielleicht darauf stösst, dass

abgetauscht. Aber die Frage, die ich gestellt habe ist immer noch: Was geschieht mit dem Gartenstrasse-Schulhaus und dem Perimeter? Wenn der Gemeinderat heute nicht antworten möchte, einfach mal die Frage in die Zukunft: Wenn es trotzdem bei diesem Schulraum bleibt, wäre der Gemeinderat bedacht, diese Thematik in Betracht zu ziehen, wenn man sagt, wir behalten dieses Schulhaus, weil es ja keinen Käufer findet, dass man die Begegnungszone genau gemäss FDP-Antrag ausweitet, und den Schulraumperimeter, der dann für die nächsten Jahre definitiv ist, dann wirklich auch komplett einzubeziehen? Kann man wenigstens da den Zuspruch erhalten, wenn man nicht weiss, wie es weitergeht?

Niklaus Morat, Präsident: Gut, die Frage geht an den Gemeinderat betreffend Schulhaus Gartenstrasse.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Zum Schulhaus kann ich nichts sagen, aber zum vorhandenen Vorschlag. Das ist natürlich auch im Sinne des Gemeinderats, das müsste man sicher sagen. Wir haben uns mal im Sinn von einer Massnahme dazu bekannt. Der Einwohnerrat hat übrigens diverse andere Sofortmassnahmen zu Gunsten der Machbarkeit der Begegnungszone abgelehnt. Dementsprechend ist das Vorgehen richtig. Wenn man wüsste, wann, wie viel Schulraum an welchem Ort geprüft würde, kann man die Erfahrungen aus diesem Gebiet evaluieren. Noch einmal: Was man tun könnte ist, es dann mal in einem gesamtheitlichen Kontext anschauen. Ich bin gerne bereit, das zu tun. Aber eigentlich müsste man das richtig machen, man müsste konkret sagen, falls man will, dass rund ums Schulhaus Gartenstrasse dieser Schutz bestehen soll, und nicht nur an einem punktuellen Platz, dass wir diese Zonen ein wenig verlagern, wir nehmen den ganzen Perimeter inkl. Turnerstrasse, nämlich alles, was an das Schulhaus angrenzt. Denn genau das war die Überlegung des Gemeinderats. Die Schüler benötigen mehr Platz zum Pendeln von A nach B, dass man das dort so tun soll. So steht es jedenfalls in der Begründung, wenn ich das Ganze richtig lese, dass die störenden Facetten der Elterntaxis dadurch behoben werden sollen, bzw. das Kind und nicht das Fahrzeug den Vortritt auf der Strasse erhalten soll. Dem wurde eigentlich Rechnung getragen und nicht, dass wir den Entladungssperimeter einfach verschieben. Man kann es auch sagen, auf der anderen Seite vom Lettenweg, auch dort kann das stattfinden. Oder im vorderen Teil, dass die Eltern dorthin fahren und dort wenden. Ob dies dann im Sinn ist, weiss ich auch nicht. Es lässt sich wahrscheinlich nicht vollkommen vermeiden. Deshalb sage ich, wenn man das konsequent tun machen wollte, dann hätte man nicht nur das vordere Stückchen bis zur Binnerstrasse in den Antrag gepackt, sondern gesagt, dass sämtliche, an Schulhäuser angrenzende Strassenteile müssen entsprechend miteinbezogen werden. Dies ist aber nicht der Sachantrag. Und weil das nicht der Sachantrag ist, finde ich, sollte man ihn eigentlich ablehnen und es so übernehmen, wie es vorliegt. Nichtsdestotrotz darf man darüber hinaus weiterdenken, um es, sobald wir wissen, wie viel Schulraum wir wo benötigen, weiter in Erwägung ziehen zu können.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Lieber Philippe, weshalb nicht auf der anderen Seite vom Lettenweg? Weil dort kein Schulhaus ist! Die Begegnungszone geht dort bis an den Rand oder bis über den Schulraumperimeter hinaus. Danach kommt die Gewerbezone, siehe auch Votum Die Mitte. Auf der anderen Seite ist das Gartenstrasse-Schulhaus, der Pausenplatz wirklich sehr prominent an diesem Eck. Die Logik, die wir damit verfolgt haben ist, es ist eigentlich sehr klar, dass wenn jemand dort fährt und nicht durch die 20er-Zone aus dieser Richtung durchfahren will, dass er dort hineinfährt und dort auf dem engen Raum wendet und wieder hinausfährt. Deshalb sind wir der Meinung, dass man diese Fläche zur Begegnungszone machen soll.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur das Votum meines Vorredners unterstützen. Der Hauptzugang zum Schulhaus Gartenstrasse ist genau dort über den Lettenweg. Dort hat es eine grosse Öffnung, dort gehen die Kinder alle hinein. Auf der anderen Seite hat es Pingpong-Tische, und es ist alles eng, die Zugänge sind sehr eng. Die Kinder gehen hauptsächlich über den Lettenweg ins Schulhaus. Deshalb spricht es auch aus unserer Sicht eben für die Erweiterung des Perimeters bis an die Binnerstrasse. Danke schön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich finde, das mit den Begegnungszonen und auch die Erweiterung wirklich eine gute Idee. Ich möchte aber gleichwohl noch kurz sagen, das eine tun und das andere nicht lassen. Die Gemeinden, die ich kennengelernt habe, machten ein Projekt im Sinn von Gemeinschaftsbildung. Dort ist es Ehrensache, dass man die Kinder nicht mit dem Auto in die Schule führt. Jetzt könnt ihr sagen, ich sei ein Idealist oder weiss nicht was, ein Träumer, aber es geht, und die Leute sind höchst zufrieden.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Vielleicht noch schnell zur Präzisierung: Der andere Teil rechts, den ich angesprochen habe, das ist immerhin im Lettenweg. Ich meine dort, von oben gesehen, zähle es bis hin zur hin zur Fabrikstrasse. Diesen Teil dort, der kann nun auch als Entladezone gebraucht oder missbraucht oder zu was auch immer genutzt werden. Das verhindert die Zone, die wir hier nun einrichten, nicht. So habe ich das gemeint. Nicht auf der anderen Seite der Fabrikstrasse, das ist mir klar, das ist zu weit weg. Sondern, wir haben bereits schon nicht den ganzen Lettenweg zur Begegnungszone erklärt. Das ist noch klar, was vorhanden ist. So wollte ich das sagen. Lieber Ueli, ich weiss halt nicht mit dieser Ehrensache, vielleicht gibt es in Allschwil nicht so viele ehrbare Bürger. Aber ja, ich sehe das. Wir versuchen viel in Aufklärung, in Prävention, im Tun. Ich glaube, Martin Münch kann bezeugen, dass auch von den Schulen her immer wieder Bestrebungen im Gange sind. Dass man mit den Leuten spricht. Wenn es nicht fruchtet, dann fruchtet es nicht. Wenn sie nicht hören wollen, wollen sie nicht hören. Scheinbar gibt es kein Bedürfnis, darauf eingehen zu wollen. Also müssen wir es mit anderen Massnahmen versuchen. Deshalb haben wir zu diesem Zweck diese Begegnungszone gewählt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich wollte nur kurz ergänzen, dass der Plan des Gemeinderats doch einen kleinen Makel aufweist. Das ist, dass er auf der Fabrikstrasse die durch den Einwohnerrat geschaffene Insel einfach nicht hinbekommt. Danke schön.

Niklaus Morat, Präsident: Gut, die Rednerliste ist erschöpft. Weil es nun wieder einen zweiten Antrag gibt, muss ich fragen, ist artikel- oder abschnittsweise Beratung erwünscht? Das ist nicht der Fall. Nun ist es so, dass wir zuerst über den Sachantrag, das ist Antrag Nr. 1, abstimmen, denn der Antrag des Gemeinderats will das Geschäft als erledigt abschreiben. Umgekehrt würde es keinen Sinn ergeben. Deshalb stimmen wir nun zuerst über den Antrag 1, Sachantrag der FDP ab. Der lautet:

1. Der Gemeinderat erweitert den Betrachtungsperimeter zusätzlich um das Teilstück Gartenstrasse vom Schulhaus bis zur Binningerstrasse, so dass auch auf dieser Fläche eine Begegnungszone eingeführt werden kann.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bitte mit der Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Sachantrag der FDP mit 24 Ja, 5 Nein und 2 Enthaltungen zugestimmt.

2. Die Motion von Herrn Etienne Winter, SP-Fraktion, betreffend Einführung einer Begegnungszone auf dem Lettenweg im Bereich des Schulraumperimeters, Geschäft 4519, wird als erledigt abgeschrieben.

Wer dem zustimmen kann, bitte mit der Karte zeigen.

://:

Das ist einstimmig.

Wir kommen noch zur Schlussabstimmung.

Wer das ganze Geschäft abschliessen möchte, zeigt das mit der gelben Karte.

://:

Auch das ist einstimmig. Besten Dank.

Niklaus Morat, Präsident: So, wir haben nun 20.59 Uhr. Ich habe gesagt, ich muss heute um 21 Uhr Feierabend machen. Die restlichen zwei Traktanden dann beim nächsten Mal. Schönen Abend und bis zum nächsten Mal.

ENDE DER SITZUNG 21.00 Uhr

Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus wurde die Einwohnerratssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt.